

Einzelpreis 70 Heller.

Ret und P 5
Juni 1091
An die
Kommiss

Sozial
Politik

Inferate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei anderen
Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.



Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 96.—
ganzzährlich . . . 192.—

Für Deutschösterreich
monatlich SK 800.—, für
Deutschland RM. 40.—

Ercheint mit Ausnahme
des Montag täglich (12).
Nr. 152.

2. Jahrgang.

Samstag, 1. Juli 1922.

Nr. 152.

Die „Edelsten und Besten“.

Das sind also die — wie sie sich nannten — „Edelsten und Besten“, die Erwähltesten und Auserkorenen der Nation! Das ist der Gebanke, der sich jedem bei den aus Deutschland kommenden Nachrichten über die endliche Ausschhebung des monarchistischen Mordnestes aufdrängt. Das sind also die Herren Offiziere und Junker, die sich in ihrer Klasse hermetisch von der „misera plebs“ abschlossen, die auf jeden, der nicht mindestens Reserveleutnant war oder ein „von“ vor dem Namen trug, mit Verachtung herablickten und die ihre eigenen Ehrbegriffe hatten! Höchst peinliche, den gewöhnlichen Sterblichen gar nicht erreichbare Ehrbegriffe! Das sind die Offiziere, die von der gedankenlosen Masse gewissermaßen als höhere Wesen gewertet wurden und die selbst in empörendster Dünkelhaftigkeit und Affen-eitelkeit jede Verührung mit dem „gemeinen Volke“ ängstlich mieden und deren Größenwahn im Kriege sich sogar so weit vertrieb, daß sie sich in Feindesland auf der Straße von der Zivilbevölkerung grüßen ließen! Aus dieser Zeit ist als Ausfluß dieses Offiziershochmutes der Befehl eines militärischen Kommandanten an besetzten Feindesgebiet bekannt, der der Zivilbevölkerung anordnete, bei Begegnung mit Offizieren diese nicht nur durch Grüßziehen zu grüßen, sondern auch achtungsvoll das Trottoir zu verlassen, damit der Herr Offizier nicht gezwungen sei, irgend einer der „Zivilianen“ auszuweichen. Seit dem Kriege Deutschlands gegen Frankreich im Jahre 1870—71 wurde dieser Geist der Hochfahrigkeit im patriotischen Deutschland gepflegt und geschäftelt und es entstand, daß sich jeder Angehörige dieser Klasse als Held und höherstehendes Wesen fühlte, ein Geist der Dünkelhaftigkeit, wie ihn kein zweites Offizierskorps der Welt noch je aufzuweisen hatte und der nicht wenig dazu beitrug, Deutschlands Namen in der übrigen Welt verächtlich zu machen.

Der verlorene Krieg und der ihm folgende Umsturz hat diese „Edelsten und Besten“ wie ein Sturmwind von ihren Stellungen weggefegt. Manche von ihnen fanden die sittliche Kraft, ehrliche Zivilberufe zu ergreifen und aus der Sinfut sich auf festes Land zu retten. Ein großer Teil dagegen, erzogen in der Tradition, daß die bürgerliche Berufsarbeit etwas Diffamierendes ist, fand diese Kraft nicht, vielfach fehlte ihm auch der Wille dazu. Die durch den Krieg herbeigeführte Sittenverwilderung und Verrohung trug noch das übrige dazu bei, diesen Teil, als er Schiffbruch erlitt, festes Land nicht finden zu lassen. Aus der in Deutschland bald nach dem Umsturz sich wieder sammelnden und organisierenden Reaktion schöpften diese beschäftigungslos gewordenen und der ehrlichen Arbeit mit Widerwillen begegnenden ehemaligen Offiziere die Hoffnung, daß die Republik, die sie ihrer Stellung ihrer Macht und ihrer Karriere beraubt hatte, nur eine vorübergehende Erscheinung sein werde. Viel trug dazu der Umstand bei, daß die deutsche Republik schwere Verfassungsverstöße beging, daß sie die Leitung des übrig bleibenden Teiles des Heeres, der Reichswehr, fast durchwegs in den Händen monarchistisch gesinnter Offiziere beließ und jahrelang bis in die letzten Tage hinein — da auch die Beamenschaft zum großen Teile monarchistisch gesinnt war — es unterließ, gegen das Treiben der monarchistisch-militärischen Organisationen sowie die immer blutiger werdenden Sekereien der monarchistisch-nationalen Presse sich zur Wehr zu setzen. Die Revolution schaffte nicht einmal den Adel in Deutschland ab, die Republik zeigte sich schwachmütig gegenüber dem immer übermächtiger werdenden Treiben der monarchistischen Reaktion. Und selbst nach dem Rapp-Butsch, der die Republik im Blute zu erstickern drohte, ermannte sie sich nicht, den die Vernichtung der Republik anstrebenden Ortschafts-Organisationen und Katenkreuzlern einen Damm zu setzen.

So konnte es geschehen, daß sich direkt unter den Augen, vielfach wohl unter Mitwissen der Behörden, jene Verschwörer und Mordorganisation bildete, deren Mitglieder

Die blutigen Vorfälle in Leitmeritz.

Eine dringliche Interpellation der Senatoren Berthen, Kiejewetter und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister für nationale Verteidigung.

Am 25. Juni fand auf der Schützeninsel in Leitmeritz ein deutsches Turnerfest statt. Dieses verlief bis gegen Abend in voller Ruhe. Etwa gegen halb 6 Uhr nachmittags sperrten Gendarmen und Militär die Zugänge zur Insel ab, weil tschechische Zivilisten und Militärpersonen sich in großer Anzahl ansammelten und das Fest stören wollten. Auf der Brücke selbst befand sich zu jener Zeit Herr Bezirkshauptmann Beltrubsky und Kommissar Zahalka, die mit den Funktionären des deutschen Turnervereines verhandelten. An der der Stadt zugelegenen Seite der Brücke, und zwar an den Mündungen der Inselgasse und der großen Mühlstraße standen zahlreiche Zivilisten und noch mehr tschechische Militärpersonen, die flüchtig Zuzug erhielten. Deutsche, welche in die Nähe dieser Masse kamen und sich in deutscher Sprache ruhig unterhielten, wurden beschimpft und mit der Bemerkung, daß sie Spione seien, fortgewiesen. Dabei ließ die Menge ununterbrochen Drohungen gegen die auf der Insel weilenden Festteilnehmer aus. Der Bizebürgermeister von Leitmeritz, Herr Slavitschka, ersuchte den Bezirkshauptmann um die Erlaubnis zum Passieren der Brücke, welche ihm erteilt wurde. Auf dem zur Insel zugehenden Ende der Brücke ließ ihn jedoch das Militär, das dort Bereitschaft hielt, nicht durch und erst als der Bezirkshauptmann intervenierte, gab der den Befehl führende Offizier widerwillig nach. Auf der Insel wurde um diese Zeit ruhig getrunken und zahlreiche Zuschauer folgten den Vorfällen. Einige Frauen, die mit ihren Kindern die Insel verlassen wollten, wurden durch die städtische Polizei hieran gehindert.

Herr Bizebürgermeister Slavitschka ging dann wieder auf die zur Stadt gelegene Seite d. S. Ufers, wo er bedroht wurde. Die Menge rief einander zu, ihn niederzuschlagen. Aufse, wie „Geht ihm ein hinter die Ohren, daß er genug hat“, „Schlagt ihn nieder, den Hund, das ist der Bizebürgermeister“, wurden ihm zugerufen. Unter den Demonstranten wurde eine Liste gereicht, auf der die Namen verschiedener Deutscher standen, die man tödlich schlagen wollte, wenn der Zug der Turner die Inselbrücke passiert hätte. Herr Bizebürgermeister Slavitschka ging dann auf die Insel zurück, um die Teilnehmer des Festes zu warnen und um die Beamten der politischen Bezirksverwaltung von den Absichten der Demonstranten in Kenntnis zu setzen. Der Herr Bezirkshauptmann beruhigte ihn mit der Mitteilung, daß er ja dazu da sei, um Gewalttätigkeiten zu verhindern. Gleichzeitig ordnete er den Abmarsch der Turner an. Herr Bizebürgermeister Slavitschka rief den Turnern an, mit dem Abzug zu warten, bis die Soldaten durch das Blasen der Retraite zum Abzug veranlaßt werden. Nach 7 Uhr abends erschien der Militärkommandant Naba und hielt eine kurze Ansprache, die den Erfolg hatte, daß ein Teil der Soldaten weggehen wollte. Nach einigen Schritten kehrten sie zurück und blieben am Platze. Hierbei wurde der Kommandant Naba und der Bezirkshauptmann in der unschätzbaren Weise beschimpft und ihnen mit den Fäusten gedroht und vor ihnen ausgespuckt.

Erzberger und Rathenau abschossen, die zweifelloch auch das Blausäureattentat auf Scheibemann verübten und die, wie die in diesen Tagen erfolgten Enthüllungen über diese Organisationen bezeugen, den Mord im großen organisierten. Einer der ihnen unbedingten republikanisch gesinnten Parteimänner nach dem anderen sollte niedergemetzelt werden. Es bedurfte erst der ungeheuren Empörung, die der Ermordung in ganz Deutschland folgte, um die Polizei auszurüsten und sie Dinge, die andere längst mit Händen greifen konnten, setzen zu lassen. Bis dahin konnten nicht nur alle Mörder und ihre Mitschuldigen ohne Gefahr sich ins Ausland flüchten oder in Deutschland verborgen halten, es war auch der von den Junkern und sonstigen großkapitalistischen Geldgebern finanzierten deutschnationalen Presse möglich, offen und unverhüllt zum Mord und zum Umsturz der Republik zu hegen.

Mitterweile waren die von der Insel heimkehrenden Kinder auf der Bahnhofstraße geschlagen und vom Bahndamm her untergestoßen worden. Bizebürgermeister Slavitschka ersuchte den Bezirkshauptmann, Gendarmerieassistenten hinzuschicken, was dieser versprach. Er selbst eilte in die Bahnhofstraße und begegnete verschiedene junge Leute, die nach ihrer Aussage von Soldaten angegriffen und verletzt worden waren. Ein Student, der von einem großen Stein in die linke Brustseite getroffen worden war, konnte kaum weitergehen. Eine Frau weinte bitterlich, weil man ihr Kind über den hohen Bahndamm hinunter gestoßen, sie aber fortgesetzt hat. Ein junger Mann wurde von Soldaten, die ihn nach einem Revolver untersuchten, blutig geschlagen. Ein anderer wurde von einem Unteroffizier des 42. Reg. mit dem abgeknallten Ueberarm bedroht. Die versprochene Gendarmerieassistenten blieb aus. Nach ungefähr einer Viertelstunde kam die Bereitschaft von der Inselbrücke die Geldberggasse herauf marschiert, marschierte ruhig weiter und rückte in die Kaserne ein, ohne einzugreifen. Als die Bereitschaft vorüber war, kam es zu furchterlichen Szenen. Ungefähr 40 bis 50 Soldaten gingen jeden Passanten, der aus der Bahnhofstraße in die Geldberggasse gelangen wollte, ab, schlugen ihn nieder und wenn er flüchten wollte, schlugen sie immer wieder auf ihn ein. Die Unglücklichen wurden mit den Fäusten, mit Steinen, mit Messern und mit anderen Gegenständen hauptsächlich auf dem Kopf bearbeitet. Eine bestialische Jagd wurde hier auf wehrlose Menschen verübt, ohne daß Militär oder Gendarmerie eingriff. Herr Bizebürgermeister Slavitschka hat selbst gesehen, wie sechs Personen auf solche bestialische Weise mißhandelt und mit Fußtritten traktiert wurden und wie auf ihnen herumgetreten worden ist. Bis 1/8 Uhr abends war die versprochene Gendarmerieassistenten noch immer nicht erschienen und erst gegen 8 Uhr abends wurde Retraite geblasen und so die entsefelte Soldateska veranlaßt, in die Kaserne zurück zu gehen.

Diese unerhörten Vorfälle haben die gesamte Bevölkerung in schwerster Unruhe versetzt, wobei nicht nur das Verhalten des tschechischen Militärs, sondern auch die Passivität der Zivil- und Militärbehörden gezeigt hat, daß das Leben und die Gesundheit der deutschen Bevölkerung gefährdet ist. Wir fragen die Herren Minister:

1. Sind Sie bereit, sofort Aufklärungen über den Vorfälle zu geben?
2. Ist der Herr Minister des Innern bereit, die schuldtragenden Beamten zur Verantwortung zu ziehen?
3. Ist der Herr Minister für nationale Verteidigung bereit, gegen die Soldaten militärgerichtliche Schritte einzuleiten?
4. Welche Maßnahmen gedenken die Herren Minister zu treffen, damit solche Vorfälle unterbleiben?

Prag, den 30. Juni 1922.
(Folgen die Unterschriften.)

Nach allen Kriegen hat sich die Erscheinung gezeigt, daß Angehörige der durch seine Schreden und Grauel hindurchgegangenen Soldateska das Chaos, das den Kriegen folgte, dazu ausnützten, um ihr blutiges Handwerk noch eine Zeilung durch Mord, Brand und Plünderung fortzusetzen. Dennoch hat es wohl noch nie eine militärische Kaste gegeben, die nach dem Kriege so tief stürzte, wie die deutsche als „edelmste und beste“ ausgeschriene Offizierskaste. Seit ihnen die Revolution die Achselklappen herabstieß, sank sie, moralisch haltlos, zu den wildernden Desperados herab, deren Schandtreiben Deutschland in Unruhe hält und Deutschlands Namen in der schmachlichsten Weise befleudet.

Einst hochmütig und mächtig, liegt sie jetzt im Schlamme des Straßengrabens und trägt das furchtbare, entehrende Rainszeichen des Mordes an der Stirn.

Georg von Bollmar.

Berlin, 30. Juni. (Eigenbericht.) Nach einer Meldung aus Bayern ist auf seinem Gute Soltau Georg von Bollmar, der langjährige Führer der bayerischen Sozialdemokratie und neben Bebel, Liebknecht, Singer eine der bekanntesten Persönlichkeiten in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, im Alter von 72 Jahren gestorben.

Bollmar hat in den letzten Jahren wegen eines körperlichen Leidens in der politischen Bewegung keine aktive Rolle mehr spielen können, nachdem er ein Menschenalter hindurch seine bedeutenden Kenntnisse und agitatorischen Fähigkeiten in den Dienst der Partei gestellt hatte. Bollmar war in München geboren und den bayerischen Angelegenheiten hat er stets seine Vorliebe zugeteilt. Im deutsch-französischen Kriege, den er als Leutnant mitmachte, wurde er verwundet. Seit dieser Zeit datiert sein körperliches Leiden. Durch wissenschaftliches Studium kam er erst zur Demokratie und dann zum Sozialismus. Von den bayerischen Arbeitern erhielt er bald eines der ersten Reichstagsmandate der Partei. Während des Sozialistengesetzes mußte er wie andere Führer ins Gefängnis wandern. Das hinderte ihn nicht davon, im Reichstoge für die wirksamste Vertretung der Arbeiterinteressen zu sorgen. Seine besondere Beschäftigung mit Kleinbürgerlichen und bäuerlichen Verhältnissen Bayerns gab seinen Auffassungen über die Parteinaktil eine besondere Richtung, die ihn an die Seite von Bernstein zum Revisionismus führte. Auf dem Parteitag von Hannover 1899 und Dresden 1903 war er einer der Hauptvertreter der revisionistischen Richtung in der Partei, die dann schließlich beim Kriegsausbruch zum Siege gelangte und bis zum nationalsozialistischen Sozialismus anwirkte. Obgleich ein erheblicher Teil des deutschen Proletariates die Auffassungen Bollmars beämpfte, so hindert das nicht daran, seine außerordentlichen Verdienste um die Arbeiterklasse anzuerkennen und ihm ein ehrendes Andenken zu bewahren.

Bürgerkrieg in Irland. Die Kämpfe in Dublin.

London, 29. Juni. (Tsch. B. B. Verspätet.) Zu den Kämpfen in Dublin bringen die Blätter folgende Einzelheiten: Eine der Hauptschwierigkeiten für die Truppen der (vertrags-treuen) provisorischen Regierung bildet der Umstand, daß die Aufständigen keine Uniform tragen, sodas sie nur schwer von der übrigen Bevölkerung zu unterscheiden sind, die teils ihrer Arbeit nachgeht, teils die militärischen Operationen beobachtet. Unter den Schützen, die tätig die Aufständigen unterstützen, befinden sich auch Anhänger der unter dem Namen „Independent workers of world“ (Unabhängige Arbeiter der Welt), bekannten kommunistischen Organisation. Sonst soll die irische Öffentlichkeit in diesen Kämpfen auf Seiten der provisorischen Regierung stehen. In einem neuen Aufzuge führt die Regierung das wüste Treiben der Aufständigen an, die in den letzten Wochen einige Höfe vernichteten, aus Panzen und Post gewaltige Beträge an Volksparsnissen raubten, zahlreiche Automobile konfiszierten, eine Menge Ware mutwillig vernichteten und Angriffe auf unbewaffnete Bürger unternahmen.

Das reguläre irische Militär bemächtigt sich eines größeren Teiles des von den Revolutionären besetzten Justizpalastes. Bei der Befestigung des Justizpalastes hatten die regulären Truppen vier Tote und 17 Verwundete. Zahlreiche Aufständische ergaben sich. Rory D' Connor hat mit 150 Mann irregulären Militärs eine Stellung hinter dem Justizpalaste bezogen, wo er den Widerstand fortsetzt.

Im Unterhause erklärte Churchill, daß die Dubliner Operationen ausschließlich in der Hand der provisorischen Regierung liegen, die sie nicht einmal der britischen Regierung melde. Es ist dies, sagte der Minister, eine rein innere irische Angelegenheit, bei der die irische provisorische Regierung im Geiste des Mandates vorgeht, das ihr das irische Volk gab.

Dublin, 30. Juni. (14 Uhr. Dabas.) Das Hauptgerichtsgebäude steht in Flammen. Eine starke Explosion erschütterte einen Teil der Stadt.

Sitzung des Senats.

Die Verstaatlichung der A. T. E. und der gelegene Wortbruch. — Der Kredit an Oesterreich.

Der Herr Eisenbahnminister Rater Kramel hat sich in der gestrigen Senatsitzung in der Rolle Mephistos versucht; das bewies er nicht nur durch sein persönlich zugespitztes Zitat, indem er den deutschen Senatoren, um sie von der Wahrheit seiner jesuitischen Auslegung der Worttreue zu überzeugen, mit Goethe zurief: „Du mußt es dreimal sagen.“ Er dachte vielleicht selbst nicht daran, daß er damit die Worte Mephistos gebrauchte, aber es sei konstatiert, daß er die einmal übernommene Rolle Mephistos trefflich weiterspielte. Dies war schon daran zu erkennen, daß er behauptete, es wäre gar nicht notwendig gewesen, irgendein Parlamentsmitglied von der ganzen Angelegenheit zu verständigen. Die „Gnade“ der sogenannten Verhandlungen, deren die Deutschen teilhaftig wurden, soll demnach wohl die Erfüllung des den Deutschen gegebenen Wortes bedeuten.

Daß diese Verhandlungen darin bestanden, daß man ihnen lediglich Mitteilung von der in der „Pölsa“ beschlossenen Tatsache machte, daß hat der Eisenbahnminister verschwiegen. Oder nennt er den im tschechischen Parlament geübten Brauch, mittels Polizeigewalt und Fäusten einer Ueberzahl tschechischer Abgeordneter zu argumentieren, die mit Wort zugesagten Verhandlungen? Dieser ganzen mephistophelischen Auslegung des Eisenbahnministers wurde die treffliche Antwort zuteil: „Und wenn Sie's noch öfter als dreimal sagen, wird's darum nicht wahrer!“

Obgleich alle unsere Parteimitglieder stets besonders betont haben, daß sie nicht gegen die Verstaatlichung der Eisenbahnen sind und nichts anderes als eine Sicherung der deutschen Eisenbahnen verlangten, wagten es dennoch beide Reichstäter, besonders der tschechische sozialdemokratische Referent, in ihren Schlussworten unserer Genossen den Vorwurf zu machen, daß sie als Sozialisten gegen die Verstaatlichung einer Bahn seien. Wenn sie angesichts der Tatsache, daß Senoffe Dr. Heller kurz zuvor in der Fraktionserklärung den eine Verstaatlichung billigenden Standpunkt vertrat, trotzdem diese Verdrehung als einziges Gegenargument ins Treffen führten, so ist daran am sinnfälligsten die Unfähigkeit ihrer Beweisführung bewiesen, und niemand ist imstande, die tschechische Majorität und Regierung von dem berechtigten Vorwurfe des Wortbruches zu befreien.

In der darauf verhandelten österreichischen Kreditvorlage sprach Senator Genoffe Riehnert. Die scharfe Kritik, mit welcher er das Vorgehen der tschechischen Regierung gegenüber Oesterreich in den ersten zwei Jahren nach dem Umsturz geißelte, aber auch die warmen Worte, die er für das arme, im tiefsten Elende lebende österreichische Proletariat fand, können ihre Wirkung nicht verfehlt haben.

Vizepräsident Radlka eröffnete die Sitzung um dreieinhalb 3 Uhr. Nachdem eine Reihe von Anträgen innerhalb einer Zeitdauer von fünf Minuten teils in zweiter Lesung angenommen wurde, teils die Bewilligung des abgeklärten Verfahrens erhielt, schritt man zur Verhandlung der Vorlage über die Verstaatlichung der A. T. E. Vizepräsident Radlka stellte den Antrag, daß die Debatte auf eine Stunde beschränkt werde. Der Antrag wurde von den Majoritätsparteien angenommen. Hierauf erstatteten Senator Hablena im Namen des Verkehrs- und Senator Dr. Karas namens des Budgetausschusses ihre Berichte, die beide die Notwendigkeit der Verstaatlichung zu begründen versuchten.

Nun gab Senator Genoffe Dr. Heller im Namen des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Senatoren nachstehende

Erklärung

Wir schließen uns vollinhaltlich jener Erklärung an, welche der Abgeordnete Cermak namens unserer Parteigenossen im Abgeordnetenhaus abgegeben hat.

Im einzelnen heben wir hervor, daß alle jene Vorwürfe, welche gegen die Art der Verhandlungen im Abgeordnetenhaus erhoben wurden, in gleichem Umfange auch für den Senat zutreffen. Auch uns wird keine Zeit gegeben, die Vorlagen zu studieren und durchzufragen, auch gegenüber unserer rein sachlichen Anträgen wird in rücksichtsloser Weise von dem formalen Rechte der Mehrheit Gebrauch gemacht und so der wahre Sinn der Demokratie in ihr Gegenteil verkehrt.

Zu alledem kommt, daß der Senat immer mehr zu einer reinen Abstimmungsmaschine herabsinkt, daß die Mehrheit es nicht wagt, die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses sachlich zu überprüfen und zu ändern. Der Senat führt sich durch dieses Vorgehen immer mehr selbst ab absurdam und erreicht selbst seine Ueberflüssigkeit.

Nach monatelangem Nichtstun werden auch hier wichtige Gesetze in übergrößer Anzahl in wenigen Sitzungen durchgepeitscht, wird das abgekürzte Verfahren, das nach der Geschäftsordnung die Ausnahme sein sollte, zur Regel gemacht. Wir haben daher gegenüber der Art der Beratung des Gesetzes über die Verstaatlichung der Aufsig-Teplicher Eisenbahn noch unsere besonderen Bedenken.

Wir stellen vorerst fest, daß wir prinzipiell Anhänger der Verstaatlichung der Privatbahnen sind, wenn auch damit unserem Standpunkt — der Sozialisierung — in keiner Weise entsprochen wird. Immerhin betrachten wir die Verstaatlichung gegenüber dem Privatunternehmen als das kleinere Übel.

Allein wir fordern, daß bei der Verstaatlichung die erworbenen Rechte der Bediensteten aller Kategorien in weitestem Umfange gewahrt werden und daß die Verstaatlichung nicht zu einem Instrument der Tschechisierung wird.

Diesen unseren Standpunkt haben wir bereits anlässlich der Beratung des Gesetzes über die Uebernahme der Privatbahnen in Staatsbetrieb in entschiedenster Weise vertreten und im Dezember 1920 in einer Öbmannerskonferenz des Senates vom damaligen Eisenbahnminister Burger und von den Mehrheitsparteien die Zusicherung (Senator Link: „Zusicherungen halten sie nicht!“) erhalten, daß mit den deutschen Parteien vor Uebernahme der Aufsig-Teplicher Eisenbahn und der Buschtiehrader Eisenbahn in staatliche Verwaltung in ernste Verhandlungen eingetreten würde. Die im Abgeordnetenhaus von allen Parteien angenommene Resolution unserer Parteigenossen spricht den Sinn dieser Vereinbarung noch klarer dahin aus, daß die Verhandlungen zum Ziele eine Vereinbarung haben sollen.

Diese Zusage, an welche auch die derzeitige Regierung gebunden ist, wurde gebrochen. Der Versuch, einen Unterschied zwischen „Uebernahme in staatliche Verwaltung“ und „Verstaatlichung“ zu konstruieren, stellt sich, wenn der Zweck der Vereinbarung erwogen wird, als ein plummes Mandat zur Verhüllung des Wortbruches dar. An diesen Vereinbarungen hat auch der derzeitige Eisenbahnminister als Führer seiner Partei teilgenommen und ihnen zugestimmt und so stellen wir vor aller Welt den Wortbruch der Regierung und der Mehrheitsparteien und

die daraus herborgelende Vertragsunfähigkeit derselben fest.

(Sen. Link: „Das wird die Herrschaften nicht rühren.“)

Wir warnen die Regierung, bei Durchführung des Gesetzes jene Methoden anzuwenden, die sie bei anderen Bahnlösungen gegenüber deutschen Bediensteten gebraucht hat. (Zwischenruf: „Auf der Umäher Straße sind alle Deutschen herausgeschmissen worden.“) Der geringste Versuch, die erworbenen Rechte der Bediensteten in welcher Richtung immer anzutasten, wird von unserer Seite, vor allem aber von Seite der Bediensteten selbst einen Widerstand hervorrufen, an dem auch die bedenkenlos angewandten Machtmittel dieses Staates scheitern werden. Die Bediensteten der Aufsig-Teplicher Eisenbahn haben, wie dies der damalige Eisenbahnminister Burger ausdrücklich anerkannte, ihre Pflicht stets in vorbildlicher Weise erfüllt. Sie sind berechtigt zu verlangen, daß auch ihre Rechte respektiert werden.

Gegenüber den von der Regierung und den Mehrheitsparteien angewendeten Methoden brutaler Gewalt, des Wort- und Rechtsbruches wollen wir, die wir die Demokratie (Zwischenruf: „Polizei!“) nicht ständig im Rande führen, die wir aber Demokraten sind, nicht Mittel anwenden, welche die Mehrheit auch in diesem Hause verleiten könnten, in einer den erhabenen Grundsatz der Demokratie in den Kot zertretenden Weise vorzugehen.

Indem wir daher nochmals den begangenen Wort- und Treubruch feststellen, indem wir unseren Abscheu diesem Vorgehen gegenüber zum Ausdruck bringen, erklären wir, daß wir an der weiteren Beratung und Beschlußfassung über diese Gesetzesvorlage nicht teilnehmen werden.

Als sich darauf die deutschen Sozialdemokraten aus dem Saale zu entfernen begannen, wurden sie durch Zurufe aus den Reihen der Mehrheitsparteien und vor allem durch das Lachen einiger tschechischer Sozialdemokraten provoziert.

Senator Link rief ihnen in höchster Erregung zu: „Da laßt Ihr, wenn es gegen die deutschen Arbeiter geht?“ Es entstand ein lauter Wortwechsel zwischen tschechischen und deutschen Sozialdemokraten, der schließlich durch die Beschwichtigungsversuche des Senators Genoffen Riehnert beigelegt wurde.

Kaum hatten die deutschen sozialdemokratischen Senatoren den Saal verlassen, als der

Eisenbahnminister Kramel

die Rednertribüne bestieg. Er erklärte, daß die frühere Regierung eine Regierungsvorlage eingebracht habe, durch welche jede Regierung die Vollmacht erhalten sollte, jederzeit, nur auf Grund eines Beschlusses des Ministerrates jede beliebige Privatbahn in staatliche Verwaltung übernehmen zu können. Hätte die jetzige Regierung diese Vollmacht ausnützen wollen, so wäre die A. T. E. verstaatlicht worden, ohne daß irgendein Mitglied des Parlamentes davon erfahren hätte. Es sei ganz klar für die Majorität gewesen, daß die deutschen parlamentarischen Parteien nicht von der Ingerenz ausgeschlossen werden sollten, wenn es sich um die Uebernahme der A. T. E. durch den Staat handeln würde. (Widerspruch bei den Deutschbürgerlichen: „Das ist ein bekannter Trick! Es war ein Wortbruch.“) Dadurch, daß die Vorlage beiden Häusern vorgelegt wurde, sei dem Zweck, desentwegen seinerzeit die deutschen mit den tschechischen Parteien verhandelt haben, vollkommen entsprochen worden. Der Minister habe mit der Partei des Dr. Heller zweimal, überdies mit dem parlamentarischen Verband und mit der „Kampfgemeinschaft“ verhandelt. Es sei nicht wahr, daß alle Minoritätsanträge durchwegs abgelehnt wurden. Man müsse sich vom volkswirtschaftlichen Standpunkte entweder für das Privatystem oder das System der Staatswirtschaft entscheiden. Dieser junge Staat müsse alle Bahnen in seinen Händen halten. Die deutsche Bevölkerung der Teplicher Umgebung werde aus der durch die Bahnverstaatlichung geänderten Tarif- und Wirtschaftspolitik überhaupt den größten Vorteil

ziehen. Die Regierung besäße eine Erklärung der Beamten der A. T. E., die für die Verstaatlichung der Bahn spräche. Wir würden das Privatkapital fördern, wenn nicht die Verstaatlichung eingetreten wäre.

Nach den Worten des Ministers meldete sich zu einer Erklärung Sen. Jekel (d. dem. Frp.) zum Worte. Er führte u. a. aus: Wir haben beschlossen, aus folgenden Gründen an der Verhandlung dieser Vorlage nicht teilzunehmen. Die Vorlage bedeutet trotz der Erklärung des Eisenbahnministers einen Bruch des gegebenen Versprechens. Wenn gegenüber diesem Vorwurf der Minister sich darauf beruft, daß das Versprechen sich bloß auf das Uebernahmengesetz beziehe, so müssen wir aufmerksam machen, daß die Verstaatlichung zugleich auch die Uebernahme in sich schließt, und dem deutschen Besitzstande und dem deutschen Volke einen noch größeren Schaden zufügt. Daß den Deutschen Gelegenheit geboten ist, im Zuge der parlamentarischen Verhandlungen ihre Wünsche zur Geltung zu bringen, klingt wie ein Hohn, wenn man sich erinnert, was gerade bei der Verhandlung dieses Gesetzes geschehen ist. Durch die Anwendung der Parlamentswache (Pölsa) wird der Parlamentarismus geschändet und das deutsche Volk in seinen Vertretern schwer beleidigt. Wir drücken unsere Sympathien für unsere Volksgenossen im anderen Hause dadurch aus, daß wir uns an der Verhandlung dieser Vorlage nicht beteiligen. Die Tendenz dieses Gesetzes ist klar genug: Die herrschende Mehrheit ist jeder deutschen Selbstverwaltung feindlich gesinnt. Wir legen gegen ein solches Verfahren Verwahrung ein und machen die Regierung und die Mehrheitsparteien für alle Schäden, die sie der Bevölkerung zufügen, voll verantwortlich. (Beifall und Handklatschen der deutschbürgerlichen Senatoren.) — Nach dieser Erklärung verließen die Senatoren des deutschen parlamentarischen Verbandes den Saal.

Sen. Ratuska (Kommun.) führte aus, habe kein Vertrauen dazu, daß die Rechte der Angestellten bei der Verstaatlichung der A. T. E. garantiert würden. Um dieses Vertrauen zu begründen, verwies er auf die Kündigungen, welchen die Angestellten der Kaschau-Oderberg Bahn ausgesetzt seien.

Im Schlussworte erklärte Sen. Hablen daß in Aufsig am 26. d. M. eine Rieserversammlung der deutschen Angestellten der A. T. E. stattgefunden habe, welche die Verstaatlichung der Bahn zur Kenntnis genommen und die maßvollere Taktik der Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus bei der Verhandlung dieser Vorlage anerkannt habe. Auch Sen. Karas sagte, er würde sich, daß Sen. Dr. Heller gegen die Verstaatlichung der Bahn gesprochen habe. — Die Vorlage wurde sodann in erster und zweiter Lesung angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung war das Gesetz mit welchem Oesterreich ein Kredit von 500 Millionen tschech. Kronen eingeräumt wird. Hierzu berichteten die Senatoren Dr. Fabel und Jmal.

Als erster Redner in der Debatte sprach

Senator Genoffe Riehnert:

Die vorliegende Vorlage ist ein Teil der Medizin, die dem totkranken Patienten Oesterreich verabreicht werden soll, um ihn wieder eine zeitlang am Leben zu erhalten. Es erscheint wie ein Fronie der Weltgeschichte, daß gerade jene Staaten sich nun auf das eifrigste bemühen müssen, daß Oesterreich, dieser von ihnen selbst zum Krüppel, zum lebensunfähigen Gebilde gemachte Staat am Leben erhalten bleibt. Die Kredite, welche die Staaten dieser Mächtegruppe, an Oesterreich nur einmal zu gewähren bereit sind, werden die verniederliegenden Staat gewiß wenigstens für eine zeitlang Hilfe bringen und bewirken, daß der katastrophale Zusammenbruch weniger rasch vor sich geht. Aber eine Frage bleibt, ob diese Hilfe eine dauernde Wirkung haben kann, und ob sie ausreichend ist, was wir nicht glauben. Wir sind überhaupt der Meinung, daß das österreichische Problem finanzpolitisch allein nicht zu lösen ist, und daß dadurch, daß man Oesterreich Kredit ge-

Ferien

Von M. A. Dirsch.

Ferien! Du herrliches, tolles, wundervolles Wort! Welche Wunder stehen hinter Dir! Wieviel Freude — und wieviel in wonniger Freiheit verlebte Stunden! Ueberhaupt wenn man so sonnenhungrig — und so zapplig auf dunkle Wälder — grüne Wiesen und roten, goldigen Sonnenschein ist, wie — na — wie eben gewisse Menschen — geht Schatz? —

Hier — fünf — sechs — acht — ganze, volle Tage! Jubel! Reiz — diese Aufregung! Schon einige Wochen vorher! Dies muß noch gekauft werden — und dies — und das. Und alles, jede Kleinigkeit ist so unendlich wichtig.

Warum denn nicht? Wir haben ja schon viele Wochen gepart und geknauert an allem nur Möglichen. Die Ferien aber — o, die Ferien, die wollen wir auskosten! Am liebsten würden wir es ja machen wie die Reichen. Wir gingen an die See. Ich — pilse, mit einem ganz großen Hut- und ditto Kleiderkoffer; etwa so wie die Frau Scheinrat in der weichen Villa drüben.

Aber das geht halt nicht. Schwamm drüber! Unsere Ferien sind unsere — und für uns alleweil die schönsten! Wie so mancher Unternnehmer, der von Herzen ungerne das höchsten wohlverdiente Ferienzeit und -geld seinen Arbeitern gönnt, würde sich doch freuen, wenn er all den Jubel

sehen und mitsühlen könnte, der dadurch geschaffen wurde.

Wohl, es kann vorkommen, daß in manch einem die junge Freiheit gärt, die ungewohnte, wie junger Wein — daß er sich ein wenig als Krösus fühlt, vielleicht auch etwas allzu ungeniert sein Wädel abkühlt — aber, daß nach solchen Ausnahmefällen immer wieder dasselbe Gezeire von verkommenen Jugend und dergleichen anhebt, das ist bestimmt nicht nötig. Es macht nichts besser. Das schöne Wort: daß die Jugend austoben muß, ist schließlich auch nicht allein für die Studenten gemacht worden

Also — mit dem ersten Ruge solls losgehen — auf den Glaser Schneeberg. Frei san mir. Geld han mir. Juhu! —

Aber oho! Wie staunen wir, als wir zum Juge kommen. Am Bahnhof — alles gedrückt voll Menschen. Alles Freunde — Bekannte — die uns Ade sagen wollen. . . . Na — natürlich! Wenn man in die Ferien geht! Aber gestreut hab ich mich riesig — nicht zum — — Was? Ich soll nicht so schwindelei?! Gar niemand wäre dazugehen?! Ach — nein! Wirklich! Denn ich mich recht besinne — — das waren ja eigentlich — ja — ganz fremde Menschen! Kein Freund! Kein Bekannter! Wie man sich nur so irren kann! — Schade — ich wäre grad so schön im Juge gewesen

Auf den Glaser Schneeberg gehn wir aber wirklich! — Gegen Abend wandern wir, schon et-

was müde, und schon fast oben an der Schweigerei — über eine kleine, grüne Wiese. Etwas müde — und Hand in Hand wie zwei glückliche, glückliche Kinder . . . Die rote Abendsonne glüht um uns und leise flüstert der Wald und mit Zaunzen sähen wir, daß in uns Freude, Jugend und quellendes, rotes, heißes Blut ist — und daß wir Ferien haben

Und das wird heißen: daß wir morgen und die nächsten Tage können aufstehen, wann wir wollen — schlafen gehen, wann wir wollen — gut essen, trinken — und dabei bleiben, solange es uns gefällt. Die herrliche Zeit hat einmal nichts mit dreinzureden

In der Schweigerei wird bis um eins getanzt und Schnadahüpfel gesungen — und was für welche!

Wenn man Oesterreicherin ist, da schaudert einem manchmal die Haut, wenn man so mit anhören muß — wie verbredt der wunderschöne Wiener Dialekt wird.

Am anderen Morgen gehts schon früh aus den Federn. Trop allen schönen Vornehmens von „einmal gründlich saulengen“ — usw. Von der Schweigerei haben wir nur noch ein kurzes Stück zu steigen und wir sind auf dem Schneeberg.

Tropdem die Welt im herrlichsten Sonnenschein liegt — mich fröstelt's hier oben. Die riesenhaften, dunkelbewaldeten Berge ringum trinken alle Sonne und geben nichts wieder Wie ge-

bannt in Schönheit, in düster große — liegen sie da schweigend — und predigen doch laut und eindringlich: Sieh wie klein du bist! Nichts Kleines ist hier — außer dir! —

Ich atme auf, als wir wieder unten sind. „Du — ich möchte jetzt meine Schokolade essen!“

Wohl sucht mein Geliebter gar eifrig und dienstfertig — aber er schießt so sonderbar nach mir hin — er hat sicher wieder irgend eine Teufelei im Sinn

„Ach, herrje! Die Schokolade — die muß ich vergessen haben!“ „Bergeffen! Meine Schokolade! Ach du — du Heimtücker — du willst mich bloß ärgern — geht? Gib doch! Bitte!“ „Wirklich! Ich muß sie haben lassen lassen“ — beharrt er, übrigens, wir kommen ja bald wieder hin. Tröste dich! — — Das klingt so — — O! Ich bin empört! Ich hab eine Wut, nicht zum sagen. Aber ich räche mich! — —

So gehen wir eine Weile still nebeneinander her.

Er betrachtet sich angelegentlich die Wiese drüben am Berge — ich krame in meinem Täschchen, ob sich da nichts zum Knuspern finde.

Oho — was ist das? Streichhölzer und die Zigarettensfabrik! Ist das sein! Das hatte er nun heute Morgen in der Schweigerei liegen lassen Auch mein Feuerzeug spüre ich unter den Fingern des Pingers.

Na, warte, viellieber Freund und Ehegatte! Mache ist süß! Schokolade — Nebenache Sein

währt, all die Schwierigkeiten nicht behoben und die Gefundung nicht dauernd herbeigeführt werden kann. Wir begrüßen jedenfall in der Vorlage die Tatsache, daß sie die Anerkennung des Grundgesetzes darstellt, daß Oesterreich der Hilfe von außen nicht entraten kann, weil die Friedensverträge hier einen Staat geschaffen haben, der ein Krüppelstaat ist. Wir haben gegen die Vorlage eine Reihe wichtiger Bedenken. Es betreffen diese Bedenken die in der Vorlage von Oesterreich geforderten Garantien, die wir für einen ganz ungehörigen und ungerechten Eingriff in die Hoheitsrechte des österreichischen Staates halten und wir halten auch sonst die Bedingungen, unter denen der Kredit an Oesterreich gewährt wird, für drückend und für zu schwer. Die Hilfe, die nun sowohl von der Tschechoslowakischen Republik als auch von Italien, Frankreich und England an Oesterreich gewährt werden soll, kommt reichlich spät. Wenn Oesterreich heute in eine derartige verzweifelte Lage gekommen ist, daß man jeden Augenblick befürchten muß, es werde zusammenbrechen, — sei es durch seine vollständige Zahlungsunfähigkeit, Verlosung der Valuta oder durch Unruhen und Revolten — so ist daran schuld, daß man Oesterreich jahrelang eingehalten und

mit Versprechungen gefüttert

hat, ohne sie zu erfüllen. Trotz dieser Versprechungen ist immer wieder nichts geschehen und so mußte Oesterreich immer mehr herabkommen. Es ist umso schmerzlicher ihm heute zu helfen, je mehr Versäumnisse begangen wurden. Es ist aber auch eine bestimmte, eine

besondere Schuld des Tschechoslowakischen Staates gegenüber Oesterreich dadurch festzustellen, daß die Tschechoslowakei von dem Tag ihrer Gründung an, gegenüber Oesterreich eine Politik der Feindschaft, eine Politik der Abgrenzung und Abschneidung betrieben hat. Oesterreich, welches sich früher in einem großen Wirtschaftsgebilde befunden hat, war nun plötzlich losgerissen aus seinem wirtschaftlichen Zusammenhang und dadurch zum Siedestadium verurteilt. In dieser Politik der Rache, der Rache, der Vergeltung, ist gewiß ein großer Teil der Schuld an dem heutigen Zustand Oesterreichs zu suchen. Die verantwortlichen Männer in diesem Staate sollten sich an die Brust schlagen und auch reumütig bekennen, daß sie durch diese Politik mit dazu beigetragen haben, Oesterreich an den Rand des Ruins zu bringen. Man hätte längst erkennen müssen, daß Oesterreich heute doch nicht mehr das Schredgespenst sein darf, das es früher war. Leider sehen wir, daß Wien vielfach noch immer der Bauernschreck ist, und doch immer angesehen wird als der „gefährliche Feind“, der vernichtet werden muß, gegen den die Politik der Vergeltung und Rache am Platze ist.

Es bestehen von Oesterreich auch sonst ganz ungerechtfertigte Vorstellungen, die zu einer Politik führen, die der tschechoslowakischen Republik selbst ins Fleisch schneidet und sie auf das schwerste schädigt. Man geht von der Anschauung aus, Oesterreich sei durchaus lebensfähig, genau so, wie man es am grünen Tisch zurechtgeschneidert und zurechtgeschustert hat. Und man erklärt, es liege nur an Oesterreich, an der Bosartigkeit dieses Patienten, wenn ihm trotzdem der Atem ausgeht. Daß Oesterreichs wirtschaftliche und finanzielle Verhältnisse immer trostloser werden, das liege, so meint man, daran, daß seine Regierungen schlecht gewirtschaftet haben. Man sagt ferner, Oesterreich müsse sich selbst helfen und nicht immer auf fremde Hilfe warten. Ja, mit guten Ratschlägen spart man mit uns nicht. Es war der Herr Abgeordnete Dr. Raschin, der im Abgeordnetenhause gesagt hat, Oesterreich habe die 400 Milliarden Schulden — glatt ausgegeben. Von hier aus lassen sich die Dinge vom hohen Ross leicht verurteilen, aber den Beweis dafür, daß die betreffenden Herren, die berartig über die Politik und Wirtschaft des österreichischen Staates aburteilen, es besser getan hätten,

diesen Beweis sind Sie schuldig geblieben.

Bis jetzt vor allem haben sie in der Wirtschaft dieses Staates noch nicht gezeigt, daß sie es besser zu machen verstehen, denn auch dieser Staat ist schwer verschuldet, auch sein Wirt-

Weitere Verhaftungen von Mitschuldigen.

Berlin, 30. Juni. (Amlich.) Außer nach anderen deutschen Städten haben die Ermittlungen der Berliner politischen Polizei auch nach Schwerin geführt. Dort sind der Sekretär des deutschvölkischen Schutz- und Trugbundes vom Bezirk Mecklenburg Erich V a d e, sowie der ebenfalls im Sekretariat des deutschvölkischen Schutz- und Trugbundes angestellte Christian I f f e m a n n, ein früherer Seefahrer, festgenommen worden. Vade und Ifsemann wurden am Tage vor der Morde von den Mördern, die eine angebliche Probefahrt von Berlin nach Schwerin unternahmen, besucht. Bei diesem Besuche hat Ifsemann den Mördern die Maschinenpistole übergeben, die am Tage darauf zur Ermordung Rathenaus benutzt wurde.

Noch eine Verhaftung.

Berlin, 30. Juni. (Wolff.) In den Ostalpen wurde heute der Besitzer des bei der Ermordung Rathenaus benutzten Kraftwagens, Fabrikbesitzer Johann K ü c h e n m e i s t e r aus Freiburg verhaftet. Er gehört rechtsradikalen Kreisen an und ist Mitglied des deutschnationalen Schutz- und Trugverbandes.

Die „bayerische Mörderhöhle“.

München, 30. Juni. (Wolff.) Im Landtag erklärte nach dem Demokraten Dirr der Bauernbündler Städte, er spreche der Republik dasselbe Recht zu, sich gegen gewaltsamen Umsturz zu schützen, wie früher die Monarchie. Der kom-

munistische Abgeordnete Grab erklärte, daß die Mordatmosphäre sich von Bayern aus verbreite und daß die bayerische Regierung die geistige Mitschuldige an dem politischen Morde sei.

Ein Mordhehlblatt eingegangen.
Hamburg, 30. Juni. (Wolff.) Das „Hamburger Tageblatt“ stellte heute plötzlich sein Erscheinen ein. In der Mitteilung der Schriftleitung an die Leserschaft heißt es, der Verleger habe heute erklärt, daß er angesichts des Ausnahmegesetzes sich außerstande sehe, die von diesem Gesetz angeordnete Geldstrafe bis 500.000 Mark in jedem einzelnen Falle zu bedeu. Da bei der nationalen Haltung des Blattes aber mit solchen Strafen zu rechnen ist, sehe er sich gezwungen, das Erscheinen des Blattes vorläufig einzustellen und die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten.

Noch ein Demonstrationstreif.
Berlin, 30. Juni. Der „Vorwärts“ vom 1. Juli teilt mit, daß am Dienstag abends ein großer Demonstrationstreif stattfinden wird mit anschließenden Kundgebungen der Gewerkschaften und drei sozialistischen Parteien für die bekann- ten schon veröffentlichten Forderungen. Ueber diese Forderungen wird in der Demonstration- versammlung abgestimmt werden. Um sie überall bekannt zu machen, werden sie in Massenausgaben gedruckt und sogar auf dem Lande durch Rad- fahrerkolonnen verteilt. An die Demonstration- schlichen sich streng geordnete Straßenumzüge an. Die Straßenumzüge werden von 1 Uhr nachmittags bis 5 Uhr nachmittags den Betrieb einstellen, die Hochbahn von 3 bis halb 4 Uhr.

russischen Tschinowiz, den russischen Polizisten mit der Annte im Köhrensiegel.

Diese Annte hält er für das richtige Rezept, um Oesterreich zu heilen, und diese Annte möchte er wohl gerne auch hier als „Rezept“ anwenden. Wir ersehen das aus der Politik seiner Partei. Erst in den letzten Tagen haben wir den Ruf seines Parteiführers Dr. Kramarsch gehört, daß man die Parlamentswache nicht nur bei jeder Gelegenheit einmarschieren, sondern daß man sie so- gar betrauen soll, offenbar mit Gewehren und Bajonetten und womöglich auch mit Maschinengewehren. (Sen. Partl: „Dr. Kramarsch war auch der erste, der die Polizei in das Wiener Parla- ment geführt hat.“ — Juruse.)

„Wir kommen ja auch bald wieder hin“, trostete ich ihn ebenso liebenswürdig, wie vorhin er — mich.
„Aber — du hast doch Zigaretten — kannst mir doch“ —
„Ja“ — sage ich kalt — „ich — habe welche — aber in Ermangelung der „vergeffenen“ Scho- kolade, werde ich sie wahrscheinlich selbst rauchen müssen.“
„Ach ja — die Schokolade,“ tut er scheinheilig.
„Ich will doch noch mal richtig nachsehen.“
„Ach schau — da ist sie ja! Wo die sich nur verkrochen hatte?“ —
„Danke,“ sage ich artig, „aber mir schmeckt jetzt wirklich eine Zigarette besser. Ueberhaupt, ein famoses Tabak. Wo hast du den her? Nicht mal! Wunder schön — nicht?!“ —
Und er reicht ... Aber welchen Menschen wird es wohl einfallen beim Nicken so ein Ge- sichts zu schneiden? —
Dann schaut er mich an ...
„Ra — und? Belomme ich denn jetzt n'par?“
„Zigaretten? Aber Liebster! Ich hatte doch bloß zwei. Die sind jetzt erledigt. Aber, weißt du — jetzt wird mir die Schokolade mit Schmecken! Magst du ein Stückchen?“ — Ach, das Gesicht! O, Ferien!

Noch ein Demonstrationstreif.

Berlin, 30. Juni. Der „Vorwärts“ vom 1. Juli teilt mit, daß am Dienstag abends ein großer Demonstrationstreif stattfinden wird mit anschließenden Kundgebungen der Gewerkschaften und drei sozialistischen Parteien für die bekann- ten schon veröffentlichten Forderungen. Ueber diese Forderungen wird in der Demonstration- versammlung abgestimmt werden. Um sie überall bekannt zu machen, werden sie in Massenausgaben gedruckt und sogar auf dem Lande durch Rad- fahrerkolonnen verteilt. An die Demonstration- schlichen sich streng geordnete Straßenumzüge an. Die Straßenumzüge werden von 1 Uhr nachmittags bis 5 Uhr nachmittags den Betrieb einstellen, die Hochbahn von 3 bis halb 4 Uhr.

In dem Bestreben, dem Hass gegen Oesterreich und überhaupt gegen die Deutschen Ausdru- ck zu geben, wurde von Dr. Raschin auch behauptet, in Oesterreich wolle die Bevölkerung nicht arbeiten, es spiele alles an der Börse, bei Wettrennen und bis in die weitesten Kreise hinein ludige man dem Spiele. Wird denn hier in die- sem Staate nicht gespielt? Wer so spricht, steht immer nur gewisse Klassen der Bevölkerung vor sich, er sieht aber nicht

die große Masse der ehrlich arbeitenden Menschen, die es auch in Wien gibt. Spieler, leichtsinnige Menschen und Nichtstuer gibt es auch hier. Auch Wien hat einen sehr ernsthaften Teil der Be- völkerung, es ist trotzdem ein Kulturzentrum, wenn auch die äußere Schichte und Oberfläche nach sich im Nichtstum und in Leichtsinnigkeit be- tätigt. Auch Wien hat eine große Masse ehrlich arbeitender Menschen. Es ist deshalb leichtfertig, wenn man von der Bevölkerung eine ganze Stadt, eines ganzen Staates in einem derartig verächtlichen und beleidigenden Sinne spricht. Die Moral, die da zum Ausdruck kommt, ist Pharisäer- moral, die da sagt: Wir sind besser als Ihr! Aber ich möchte die Bevölkerung sehen, die unter solchen zerfahrenen, trostlosen Verhältnissen, unter den ständig wechselnden Wertverhältnissen leben müßte und dabei reslos ihre Moral behalten könnte. Es ist unwürdig, daß man Oesterreich, dem man einen Kredit zu gewähren im Begriffe steht, mit Beleidigungen, Demütigungen und Herabsetzungen regaliert. Man beteuert wohl vom Regierungs- tische aus, daß man gegenüber Oesterreich freund- liche Gesinnung hat, aber in der öffentlichen Mei- nung wird dieses Wien noch immer mit grimmig- em Hass verfolgt, obwohl dieses Oesterreich, ein durchaus anderes geworden ist, alle Voraussetzungen, alle Bedingungen alle Verhältnisse sich dort grundlegend geändert haben.

Die freundlichen Gesinnungen, von denen man hier spricht, bestehen in Wahrheit noch nicht. Die Kredite werden wohl eine Zeit lang hel- fen, darum muß Oesterreich diese Hilfe gebracht werden. Die Anschlußbewegung ist aber darum nicht beiseite geschoben, vielmehr wird die innere Notwendigkeit diesen Anschluß schließlich gegen- über allen Widerständen herbeiführen. Die An- schauungen darüber werden sich ändern, wie sich auch in bezug auf die Stellung der Tschechoslo- wakei und der verantwortlichen Staatsmänner in der Tschechoslowakei gegenüber Oesterreich schon eine Wandlung zeigt. In den ersten Monaten nach dem Umsturz, als aus Wien Kommissionen mit der Bitte um Rohle und Lebensmittel kamen, weil es sonst verhungere, da wurde von sehr ver- antwortlicher Stelle, — es war Herr Dr. Kra- marsch, der damalige Ministerpräsident, — diesen Kommissionen erklärt: „Für Oesterreich keinen Laib Brot und keine Tonne Rohle!“ Von diesem Standpunkt ist man abgekommen. Man erkennt, daß man Oesterreich braucht und man ist froh, wenn man Oesterreich heute Rohle und Waren liefern kann. Und es wird auch weiterhin die Er- kenntnis und Einsicht um sich greifen und man wird erkennen, daß das unbedingte, starre Festhal- ten am Friedensvertrag in bezug auf Oesterreich unmöglich ist, und daß man Oesterreich den

Anschluß an das große Wirtschaftsgebiet Deutsch- land, gestatten muß. Das ist nicht Chauvinismus, das ist nicht Nationalismus, das ist einfach die wirt- schaftliche Notwendigkeit, die diese Tatsache be- wirken wird und der wir hier Ausdruck geben. Darum werde ich auch nicht, wenn von Seiten des Herrn Abg. Dr. S o d g m a n n im Abgeordnet- hause die Anschauung vertreten wurde, daß man diese Kredite nicht gewähren darf, weil man damit den Anschluß Oesterreich an Deutschland hinter- treibe oder doch wenigstens verzögere. Diese Kre- dite haben mit dem Anschlußgedanken nichts zu

zun. Im Augenblick ist an diesen Anschluß in Folge der westpolitischen Konstellation nicht zu denken, aber soll darum, weil der Anschluß Oesterreichs vorläufig nicht bewirkt werden kann, Oesterreich nicht wenigstens vorübergehend geholfen werden? Es heißt das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn man wegen eines fernerliegenden Zieles das augenblickliche Ziel aus den Augen verliert. Die Opposition des Herrn Dr. Lodgman und seiner Partei ist dabei eine sehr „vorsichtige Opposition.“ Diese Opposition hat erst genau Anschau gehalten, ob die Mehrheit für diese Vorlage besteht und erst nachdem sie sah, daß die Mehrheit auf jeden Fall vorhanden ist, hat sie zu ihrer Demonstration- politik gegriffen.

Wir werden für die Vorlage stimmen, wir sind für die Gewährung des Kredites an Oester- reich, im eigenen Interesse des Staates und im Interesse des österreichischen Staates und vor allem im Interesse der hiesigen Arbeiterchaft und der österreichischen Arbeiterchaft. Wir gehen dabei von der Erkenntnis aus, daß damit ein kleines Stück Unrecht gut gemacht wird, das jahrelang an Oesterreich verbrochen wurde. (Beifall.)

Sen. Ledebur (dtsch. Christ.-soz.), welcher nunmehr zum Vore kam, sagte, daß seine Partei für diese Kredite stimmen werde, aber die Vor- lage des Bedrages von Lana verlangen müsse. Verträge müssen, wie Sen. Dr. Heller im Aus- schuß mit vollem Rechte hervorgehoben habe, im Parlamente genehmigt werden. Redner verlange auch die Vorlegung des Vertrages mit dem öster- reichischen Staatskanzler Renner; denn wenn auch dieser Vertrag den Titel „Protokoll“ führe, sei er eben doch ein Vertrag. In dem trostlosen Zustande Oesterreichs habe die tschechische Politik der ersten zwei Jahre nach dem Umsturz einen großen Teil der Schuld. Das heutige Oesterreich sei ein Beweis der Unkenntnis, der Unfähigkeit und auch des bösen Willens derer, welche die Friedensverträge geschaffen haben. Redner schloß mit der Versicherung, daß seine Partei mitwirken wolle, die alte Kultur, welche mit dem Namen „Wien“ verbunden ist, zu erhalten.

Nach dem Schlußworte des Referenten wurde die Vorlage in erster und zweiter Lesung angenommen. (Es stimmten auch alle Deutschbürgerlichen dafür, während die Deutschnationalen im Abgeordnetenhause be- kanntlich dagegen gestimmt haben. D. Red.)

Die beiden nächsten Vorlagen betreffend die Regelung der Verbindlichkeitsverhält- nisse, entstanden in alter Währung zwischen In- und Ausländern, und deren Rechts- folgen, wurden in erster und zweiter Lesung ohne Debatte genehmigt.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, dem Handelsabkommen mit Polen, referierten die Senatoren Pules und Wisp. In der Debatte sprach zunächst

Senator Kobasik (Slow. Volksp.). Er hob die engeren Beziehungen zwischen Polen und Slo- waken hervor, äußerte aber seine Bedenken gegen die Abtretung des Jaworinagebietes an Polen.

Sen. Smetana (tsch. Soz.-Dem.) bedauerte es, daß das Verhältnis zwischen den beiden Völ- kern noch getrübt sei. Er erwarte von den Polen verständnisvolles Entgegenkommen in den Schul- fragen des Grenzgebietes.

Nach dem Schlußworte des Referenten wurde die Vorlage samt einer Resolution des Senators Horáček angenommen. Der Präsi- dent schloß, nachdem er mitgeteilt hatte, daß Se- nator Fr. P a n e l (tsch. Agr.) wegen Krankheit sein Mandat niedergelegt habe, die Sitzung um sechs Uhr abends.

Die nächste Sitzung wird schriftlich einberu- fen werden.

Inland.

Deutschbürgerliche Kampfgemeinschaft. Seitdem sich die deutschnationalen Arbeiterfreunde und die deutschgelben Arbeitervertreter zu einer engeren „Kampfgemeinschaft“ innerhalb des Deutschen parlamentarischen Verbandes zu- sammenschlossen, herrscht zwischen ebendieser Kampfgemeinschaft und dem deutschbürger- lichen Rest, der die Verhandlungsgemein- schaft darstellt, ein regelrecht kleinrieg, in welchem beide Gruppen einander an pa- pierener Wabour zu überreifen suchen. Dem Aufruf der Nationalisten folgte eine Gegen- fundgebung der sogenannten bürgerlichen Ver- nunftspolitiker und diesem erwiderten jetzt wie- der die deutschnationalen Kämpen mit einer „Erklärung“, daß sie die deutsche Einheit in keiner Weise gefährden und nur einen Zusam- menschluß derjenigen herbeiführen wollen, „die sich bereits überzeugt haben, daß es auf dem Boden dieses Staates keine Verständigung für beide Nationen gibt.“ Sie würden „die Aus- dehnung der geschlossenen Kampfgemeinschaft auf immer weitere Kreise nur freudig begrüßen.“ Die ersuchte „freudige Begrüßung der Ausdehnung“ ist eine Phrase, die aber auch nicht den geringsten inneren Gehalt hat. Die Herren Lodgman und Knirsch wissen sehr gut, welche Sympathien die anderen deutschbürger- lichen Parteien für diese Kampfgemeinschaft hegen. In der Presse der drei „Verhandlungs- parteien“, die anfangs immer noch die Fiktion aufrechterhielt, als ob der parlamentarische Verband trotz alledem aufrecht bliebe, tritt in- ner deutlicher zutage, daß sie nunmehr den Strich ziehen zwischen sich und den Nationali- sten und sie tun das gar nicht sanft. Wir wol-

Vorrat an Zigaretten muß alle sein ... Ich spanne ...
Richtig. Es dauert nicht lange — da fängt er an zu suchen. So recht behaglich — als wollte er die Vorfreude schon recht auskosten. Dann wird das Suchen hastiger — immer hastiger ... End- lich dreht er eine Taste ganz um ... Ni — da fällt die „vergeffene“ Schokolade heraus ...
Ich habe nichts gesehn. Ich seh mir jetzt auch die Wiese am Berg drüben an ... Schnell hat er sie wieder verschwinden lassen — das muß man sagen ...
Heimtüder — Heuchler — Jesuit! ...
Raislos schaut er an sich herunter — um sich herum — auf mich ... Er kann es gar nicht lassen, daß er sein geliebtes Rauchzeug soll vergeffen haben.
Er räuspert sich. Jedenfalls kommt er sich jetzt Frost halen in seinem Unglück ... Da mache ich mein Täschchen auf, und fange an, mir so recht umständlich eine Zigarette zu drehen — just so, wie er mich gelehrt. Während ich dann mit hohlen Händen das Streichholz daran halte und dabei einen verstoßenen Blick zu ihm hinüberschide — muß ich beinahe hell aufschreien ...
Wie er bosteht! Und schnupper! Raislosigkeit, Schuldgefühl, Freude — alles das drückt sich zum Greifen deutlich in Augen und Haltung aus ...
„Ach, Weib!“ — stätet er, „du gibst mir doch auch eine Zigarette? Weißt der Teufel, ich muß mein Rauchzeug haben unten liegen lassen.“

Einigung über die Getreideumlage.

Festigung der republikanischen Front.

Ien für heute zum Beweise nur die „Deutsche Landpost“ heranziehen, die über die „voll- auf beabsichtigte Ueberrump- lung“ woiuentbrannt leitartikelt. Schon der Titel dieses Aufsatzes „Ihre Kampfgemeinschaft“ sagt genug. Die Bündler sind empört über die „beabsichtigte Ueberrump- lung“, über die „Moralität“ des Vorstoßes, „der kaum einer für das Volkwohl aufrichtigen Politik ent- springt. Die übrigen Parteien sollen also, und das ist der Zweck, der Offenlichkeit als Hemmschuh und Hindernis der allein- völk- lischen Politik des Herrn Lodgman vorgeführt werden“.

Und weiter wird dieser Herr Lodgman, mit dem doch Knebel und Freunde vor ein paar Tagen noch in so rührender Harmonie „gemeinsame Richtlinien“ herausgaben, fol- gendermaßen „gebrandmarkt“:

„Daß Herr Lodgman bei der Fusion hauptsächlich daran gelegen war, den B. d. L. zu den beiden übrigen Parteien abzu- drängen, ist uns, die wir mehr von der Ferne dieses unerquickliche Spiel verfolgen, klar. Dieser taktische Schachzug im Rahmen der im Verband ja gegebenen deut- schen Einheitsfront, kann in der jetzigen Zeit keineswegs die Position der Deutschen stärken, so klug er auch ausgeführt sein mag. Daß das Phantom der Einheits- partei dadurch nicht um ein Z-Läppchen der Wirklichkeit näher gebracht wurde, ist eben- so klar, umso mehr man eine Einheitspartei nicht auf Grund rein persönlicher Auffas- sung und persönlichen Ehrgeizes züchten kann“.

Die deutschen Agrarier beteuern mit aller Inbrunst, daß sie genau so gute Deutsche seien wie die deutschnationalen Unternehmer und deren deutschgelbe Knechte. Aber dem Lodgman zuliebe können sie ihre „deutschlän- dlich-wirtschaftlichen Interessen“ nicht einer parteipolitischen Richtung unterordnen. Und so spricht denn das sonst immer so chauvinisti- sche Organ der Großgrundbesitzer, das seit jeher vom nationalen und vom Rassen- u. d. Klassenhaß lebt, plötzlich vom „patentier- ten Nationalismus“ der anderen! Die Kahlbalderei zwischen den deutschbürgerlichen Parteien verpricht lustig zu werden.

Die nichterledigten Vorlagen. Die „Kardoni Listy“ sprechen, obwohl sie zu Beginn feststellen, daß die Regierung für diese Session nicht genü- gend vorbereitet war und Vorlagen oft so spät vorlegte, daß zu Ausschlußverhandlungen zu wenig Zeit übrig blieb, dennoch angesichts der ge- samen Arbeit im Parlament ihre volle Zufrie- denheit aus. Sie vermissen die Erledigung der Regelung der Gehälter von Beam- ten mit Hochschulbildung, das Gesetz über die Ermäßigung der Fusionsge- bühren, die Verordnung über die Zwangs- wechsel und das Spiritusgesetz. Freudig begrüßt es das Blatt, daß die Vorlagen über die Wehrbegünstigungen sowie über die Kriegsanleihe zurückgezogen wurden.

Dem „Pravo Lidu“ zum Muster. Der „Severocesly Delnik“, das Tschepischer Organ der tschechischen Sozialdemokraten, schrieb an- läßlich der Ermordung Rathenaus unter anderem Folgendes:

„Die Hoffnung Deutschlands ist das Pro- letariat, welches bei der internationalen Arbeiterschaft immer Unterstützung finden wird. Diesem Proletariat, das im November 1918 sozusagen das Schicksal Deutschlands in seine

Verlin, 30. Juni (Eigenbericht). Heute ver- handelten beide sozialistischen Fraktionen des Reichstages mit den bürgerlichen Koalitionspar- teien über die Verabschiedung der Getreideumlage. Es ist eine sehr weitgehende Annäherung erzielt worden, sodas der Konflikt in dieser Frage ver- mieden worden ist. In der heutigen Sitzung wurde denn auch dieser Kompromißvorschlag, der den Preis für Roggen auf 6900 Mk. festsetzt, mit den Stimmen der Koalitionsparteien und der Un- abhängigen Sozialdemokraten angenommen. Diese erzielte Verständigung wird ohne Zweifel außer- ordentlich günstig auf den Zusammenhang der Front zum Schutze der Republik wirken.

Die zweite Verordnung zum Schutze der Republik.

Verlin, 29. Juni. Im Artikel 1 der zweiten Verordnung zum Schutze der Republik vom 29. Juni 1922 heißt es:

Personen, die an einer Vereinigung teilneh- men, von der sie wissen, daß es zu ihren Zielen gehört, Mitglieder einer im Amte befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes durch den Tod zu be- seitigen, werden mit dem Tode oder mit lebens- langem Zuchthaus bestraft. Ebenso werden be- strafte Personen, die eine solche Vereinigung

Gände nahm, untergräbt die Entente durch ihr Verhalten den Boden. Das Ver- halten Frankreichs seit dem Friedens- schlusse ist der deutschen Reaktion günstig, ja man kann fast sagen, daß die West- staaten die Konsolidierung der Verhältnisse in Deutschland deshalb nicht wünschen, weil sie nicht die Stellung der Arbeiterschaft stärken wollen. Die gemeinsamen Interessen der Re- aktion, deren Ehrbegriff auf den Schlachtfeldern endet, stehen ihnen höher. Dann darf aber nicht vergessen werden, daß der Friede von Versailles kein fester Behälter ist, aus dem das Menschengeschlecht Stärkung zum Frieden holen könnte. Für diesen Fall existiert in der Welt ein mächtiger Faktor und das ist das internationale Proletariat. Dieses wird auch vor den Toren des Versailler Schlosses nicht stehen bleiben.“

Wir haben sehr selten Gelegenheit, solche vernünftige, sich ehrlich-sozialistische Stimmen aus dem Lager der tschechischen Sozialdemokraten zu vernehmen. Umso freudiger begrüßen wir die offene Sprache des „Severocesly Delnik“ gegen die reaktionäre Politik Frankreichs und gegen den Versailler Vertrag und empfehlen den Au- dockteuren des „Pravo Lidu“, öfters und auf- merksam ihr Tschepischer Bruderblatt zu lesen. Sie können daraus lernen.

Ausland.

Der Einheitsdrang des deutschen Proletariats.

Die Berliner „Freiheit“ erzählt von der Sonntagsdemonstration des Berliner Proletariats folgende Szene, welche auf die Stimmung der Arbeiterschaft das hellste Licht wirft: „Am Hauptpor- tal des Domes hatte unser Genosse Rosenfeld in sehr eindrucksvoller Rede die Notwendigkeit der proletarischen Einigung nachgewiesen. Als der brausende Beifall auf den großen Platz verhallte, drängte sich einer der üblichen K.P.-Deber hervor, hub an zu reden — aber er kam nur zu ein- zigen Worten: „Schluß mit den gegenseitigen Ver-

wissentlich mit Geld unterstützen. Dritte Personen, die um das Dasein einer solchen Vereinigung wis- sen, werden mit Zuchthaus bestraft, wenn sie es unterlassen, von dem Bestehen der Vereinigung, den ihnen bekannten Mitgliedern oder deren Ver- tretern den Behörden oder der durch das Verbre- chen bedrohten Person unverzüglich Kenntnis zu geben.“

Der Artikel 2 sieht einige Änderungen der Verordnung zum Schutze der Republik vom 26. Juni 1922 vor. Nach Artikel 3 können Druck- schriften, deren Inhalt die Strafbarkeit einer zur Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik gehörenden Handlung be- gründet, wenn es sich um eine Tageszeitung han- delt, bis auf die Dauer von vier Wochen, in an- deren Fällen bis auf die Dauer von sechs Monaten verboten werden.

Streik der Berliner Druckereien.

Verlin, 30. Juni. (Eigenbericht.) In den Druckereien von Scherl, Rosse, Wlstein, in denen die größten Berliner Blätter wie „Berliner Tageblatt“, „Vossische Zeitung“, „Morgenzeitung“ u. a. erscheinen, sind Lohnunterschiede ausge- brochen, die zur Stilllegung der Betriebe geführt haben. Heute abend ist ein Teil der Berliner Blätter nicht mehr erschienen.

„Wir wollen die Einigung“, „Kein Herunterreißen mehr“ — so scholl es ihm entgegen; er mußte abtreten. Und als Genosse Rosen- feld noch einmal aufforderte, fest zusammen zu stehen, das Vergangene zurückzustellen und nicht wieder alles aufs Spiel zu setzen — da brach aus der Menge heraus erneute stürmische und begeis- terte Zustimmung. Einer rief: „Wir gehen zugrunde, wenn wir uns nicht verstehen“, „Wir wollen uns einigen“ und alle die Tausende um ihn stimmten ein in das weit dahin schallende Hoch auf die einzige, kämpfende Arbeiterklasse! — In diesen Zehntausenden von Demonstranten lebt das Gefühl der Zerrissenheit, das nur zur Ohn- macht verdammt, lebt die mäßig dämmende Er- kenntnis, daß geteilte Kraft halbe Kraft ist, daß es so nicht weiter geht, sollen wir nicht dem deut- schen Faschismus erliegen. Dieses gesunde Klassen- empfinden gab der Demonstration ihr Gepräge und sie hat damit der Arbeiterklasse hoffentlich mehr gedient, als alle bisherigen feierlichen Kund- gebungen, die trotz ihrer schwingvollen Begeiste- rung wieder verliefen: „Als war es nie gewesen.“

Die Arbeiterschaft gegen die Reaktion.

Der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam hat an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes folgendes Tele- gramm gerichtet: „Auf das tiefste erschüttert durch die Nachricht von der kaiserlichen Ermordung Mi- nister Rathenaus übermitteln wir Euch als Ver- treter der deutschen Arbeiterklasse im Namen des organisierten Weltproletariats den Ausdruck un- serer tiefgefühltesten Entrüstung und des Abscheus über diese Krönung der in Deutschland überhand- nehmenden Verbrechen der monarchistischen rea- tionären Kreise. Wir geben dem festen Vertrauen Ausdruck, daß die deutsche Arbeiterschaft jetzt der- artige Maßnahmen treffen wird, daß die Reaktion in Deutschland für immer vernichtet wird. Im Namen aller zum Internationalen Gewerkschafts- bunde gehörenden Arbeiter verbürgen wir Euch die kräftigstmögliche Unterstützung und Hilfe bei dem Säuberungsprozeß, der in Deutschland nötig ist. Für den Internationalen Gewerkschaftsbund: Fimmen, Dudgeest.“

Der Bundesvorstand des A.D.G.B. ist heute morgen mit dem Vorstand des A.F.A. Bundes zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengetreten, um in Ausführung des Beschlusses des Leipziger Ge- werkschaftskongresses endgültige Beschlüsse zu fas- sen über die Verteidigung der Republik und der von der Arbeitnehmerschaft erworbenen Rechte. Die Vorbesprechungen mit den politischen Arbeiterparteien haben beide Bundesvorstände schon am Sonntag aufgenommen und auch am Montag fortgesetzt. An diesen Beratungen sind Vertreter der S.P.D., der U.S.P.D. und der A.P.D. beteiligt und es besteht begründete Aus- sicht auf ein gemeinsames Vorgehen. Die Forde- rungen der Gewerkschaften werden noch heute der Regierung und dem Reichstage unterbreitet und auch sofort veröffentlicht werden.

Telegramme.

Wiener Straßenbahnerstreik.

Wien, 30. Juni (Eigenbericht). Die Verhand- lungen zwischen den Vertretern der Gemeinde, Wien und den Straßenbahnern, die von der Ar- beiterkammer eingeleitet wurden, haben gestern bis spät nachts gedauert und wurden heute Vor- mittag fortgesetzt. Die Arbeiterkammer hatte ge- stern einen Vermittlungsvorschlag gemacht, der dahin ging, daß der zuvor von den Streikenden abgelehnte Kollektivvertrag zunächst provisorisch auf sechs Wochen in Kraft treten soll, während welcher Zeit die Verhandlungen über eventuelle Abänderungen geführt werden. Als Eventualvor- schlag könnte nach der Meinung der Arbeiterkam- mer statt der von den Streikenden bemängelten Berechnung des achstündigen Arbeitslages auf den ganzen Monat die 48stündige Woche einge- führt werden. Die Straßenbahner haben gestern beide Vorschläge abgelehnt, während die Ge- meindevertretung erklärte, daß sie, trotzdem der zweite Vorschlag die Finanzen der Gemeinde ziem- lich belastet, bereit sei, beiden Vorschlägen zuzu- stimmen. Heute Nachmittag hat die Arbeiterkam- mer wieder verschiedene Vermittlungsvorschläge gemacht, die aber von den Straßenbahnern abge- lehnt wurden. Die Vertreter der Straßenbahner erklärten, daß sie auf den Sonntag beschlossenen Forderungen bestehen. Die Verhandlungen dauern noch fort, doch hat sich die Aussicht, noch heute zu einer Beendigung des Streiks zu kommen, durch diese Stellung der Streikenden wieder empfindlich verschlechtert.

Die österreichische Zwangsanleihe.

Wien, 30. Juni (Eigenbericht). Heute Mittag trat der Nationalrat zusammen und man erwar- tete, daß die Regierung das Gesetz über die Zwangsanleihe vorlegen werde. Der Finanzmini- ster erklärte aber, daß er von den Finanzlandes- direktionen Material angefordert habe über die Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder. Da dieses Material aber noch nicht vorliege, werde er den Gesetzentwurf im Laufe der nächsten Woche vor- legen können. Die Blätter machen übrigens über den geplanten Inhalt dieser Vorlage eine Reihe Mitteilungen. Danach soll diese Anleihe 400 Milliarden Kronen tragen, die innerhalb eines halben Jahres flüssig gemacht werden sollen. Auf den Grundbesitz soll eine Vorzugshypothek gelegt werden, die das zehntausendfache der Grundsteuer des Jahres 1919 betragen soll. Diese Hypothek würde also eine Belastung von etwa 6 Prozent des Wertes ergeben. Die Altiengehaltungen sollen 15 Prozent ihres Aktienkapitals in Gold als Zwangsanleihe leisten, dagegen soll die Regierung die Anforderung von Staatsaktien, die von den Sozialdemokraten gefordert werden, unterlassen.

Genossen, leset die „Arbeiterpresse“.

Der Einsam.

Erzählung von Ludwig Anzengruber.

Herausgegeben und eingeleitet von Carl W. Neumann.

Einleitung.

Selten ist ein bedeutender Dichter so dauernd vom feindlichen Schicksal verfolgt worden wie Lud- wig Anzengruber, und selten hat einer dem Schick- sal zum Trotz in der kurzen Zeitspanne zweier Jahrzehnte gleich zahlreiche bleibende Werke ge- schaffen. Bald nach dem großen Erfolge seines „Harrers von Kirchfeld“ (1870), der ihn mit einem Rud zur Berühmtheit machte, setzte die Ungunst der Dinge ein, um ihn nie wieder los- zulassen. Seine besten Stücke mordete die Thea- ternot seiner Vaterstadt Wien, die verminderte Freizügigkeit von Publikum und Direktionen der febziger Jahre, mit der eine flache und schlaffe Kritik in der Tagespresse und eine ebenso rücksichts- wie verständnislos ihr entsehrlich Handwert betreiben- de Zensur Hand in Hand ging. Eins seiner tief- sten und stärksten Dramen, das 1877 erschienene „Vierte Gebot“, strich die Zensur bewert sinn- los ankommen, daß es nach wenigen Aufführun- gen langlos vom Spielplan verschwand. Nicht einmal der Titel fand Gnade vor dem allmäch- tigen, Klausstüchbewahrenden Zensur, so daß der Theaterzettel nur nieden durfte: Ein Volksstück in vier Akten von Ludwig Anzengruber. Als zwölf Jahre später (1890), ein halbes Jahr nach dem Tode des Dichters) die Berliner Freie Bühne das Werk wieder ausgrub und un- terkümmelt dem Publikum vorführte, schlug das schon völlig vergessene Volksstück mit der ganzen

Kraft einer Neuheit durch, und niemand nahm Schaden an seiner Seele.

Es war kein Wunder, wenn der für die Bühne „rein unnötig“ gewordene Dichter im Jahre 1880 dem launischen Theater den Rücken lehrte, um nur als Erzähler zu schaffen. Wozu und für wen gute Stücke schreiben, wenn ni- mand in Wien sie begehrt? Wozu den erin- nenden Wettlauf mit Operetten- und Possenfabri- kanten noch fortsetzen, wenn der „Reformer der Volksbühne“ im Elend blieb, während die an- deren sich prunkvolle Villen erbauten? Besser, das saure Brot des Erzählers genießen und da- bei in Ehren ein Dichter bleiben, als sich von billigen Kritikern nach dem Maßstab des äußeren Bühnenerfolges beurteilen lassen. Kein Kenner vermochte dem Epiker seine besten und tiefsten Probleme zu rauben, und außerdem ließen sich kleine Geschichten selbst dann noch in wirkliche Kunstformen gießen, wenn unter dem Druck der allgütigen Nahrungsorgen die Spannkraft zur Schöpfung dramatischer Werke verlagte.

In dieser Zeit der Theatermüdigkeit Anzen- grubers (1880 bis 1884), der wir u. a. den großen Roman „Der Schandfleck“ in seiner heutigen reifen Gestalt und das bedeutendste Werk des Erzählers, den Dorfroman „Der Sternsteinhof“, verdanken, fiel auch die Entstehung des „Einsam“, der erschütternden Geschichte eines Pfaffenkindes. Auch hier ein famoser Dramenkonflikt, ein Stoff von ergreifender Tragik; auch hier aber wieder ein Grundmotiv, dem jeder Weg auf die Büh- nen verschlossen war. Bereits in den nackten vier Worten: „Vater Harrer, Sohn Mörder“, mit denen sich Anzengruber das Thema notierte, war diesem Dramenvorwurf das Urteil gesprochen. Zumal in Oesterreich. Was aus der Idee hätte werden können, wenn sie der Absicht ihres Ersin- ners entsprechend als Schauspiel sich hätte ver- wirklichen lassen, „unaufhaltsam mit der Uner-

bittlichkeit der antiken Tragödie bis zur Kata- strophe horschreitend“, das läßt schon die Wucht der Erzählung vermuten. Man hört auch in: Buche den Schritt der Gestalten, die schwer wie aus Erz gegossen dahinschreiten, wo Striche und neue Kapitälchen nur Atempausen bezeichnen. Feile um Feile verrät die Revolte den Bild des geborenen Bühnendichters, den immer zuerst und zuletzt seine Menschen fesseln und dann erst die Umwelt, den allem voran das Problem der Wech- selbeziehungen zwischen Charakter und Schicksal beschäftigt.

Wilhelm Volin, der unermüdete Freund und Förderer Anzengrubers, der als Professor der Philosophie und Aesthetik in Selsingfors wirk- te und seinen schwedischen Landsleuten u. a. eine treffliche Bühnenbearbeitung Shakespeares be- scherte, versuchte im Jahre 1883 trotz allem den großartigen Stoff auf die Bühne zu bringen. Ge- stützt auf den sachkundigen Rat Ludwig Anzen- grubers, dramatisierte er die Novelle zunächst für das schwedische Theater und gab dann im An- schluß daran eine deutsche Uebersetzung seiner Be- arbeitung heraus. Glück jedoch hatte er nicht mit dem Werke. Dem schwedischen „Einsam“ war 1884 der erhoffte Erfolg trotz dreimaliger Auffüh- rung in Selsingfors nicht beschieden, weil die durchweg protestantischen Zuschauer dem Drama und seinen Konflikten verständnislos gegenüber- standen. Das Tiefstige eines Verhältnisses zwischen Vater und Sohn bei einem Zwang, der jenen durch das Fölibat von der Vaterwürde un- schloß und diesen ohne sein Verschulden vorher- bestimmte, zur Unehre für einen Bankert gehö- ren zu werden — ein solches Verhältnis hatte, wie der Bearbeiter nachträglich selber gestand, „keinen Sinn für Leute, denen eine kindergeres- nete Frau Pastorin zu den gewöhnlichen Bor- konnmissen im Alltagsleben gehört.“ Den öster- reichischen Bühnen, die einen Versuch mit dem

„Einsam“ wagen wollten, versagte prompt die Zensur die Erlaubnis, und ein paar Aufführun- gen in Norddeutschland, die Mitglieder des Mün- chener Volkstheaters in Szene setzten, erzielten nur einen Achtungserfolg. Es fehlten die Hand und der Geist Ludwig Anzengrubers.

Sollte er selbst nun auch noch riskieren, den Stoff in die Form eines Dramas zu zwingen? Auf die Gefahr hin, gleichfalls verboten zu wer- den? „Es gehört Mut dazu, den Steinen zu predigen, die einem gelegentlich um die Ohren fliegen können“, schrieb er im Jahre 1885, und hier kam zum Mut die verlorene Zeit. Ihm dem im Kampfe des Lebens sich allzeit der „Feld- schandarm Sorge“ an die Fersen heftete und der daher jegliche Arbeit vom Standpunkt des Er- werbschriftstellers betrachten mußte, blieb für die Schöpfung von Buchdramen keine Ruhe. Der Stoff aber lockte ihn dennoch gewaltig. Und da er gerade vertragsmäßig für das Wiedener Thea- ter ein Stück zu liefern und kein Sujet mehr auf Vorrat hatte, entschloß er sich schweren Her- zens, den geistlichen Vater des Einsam in einen weltlichen Bürgermeister zu verwandeln, den ganzen Konflikt dementsprechend zu modeln und so schließlich doch noch das Brauchbare aus der Novelle zu reiten. Es war aber leider dergestaltige Nähe. Das Volksstück „Stadt und Stein“, das zustande kam, bildet kein Ruhmesblatt in dem Franz des Dramatikers, wie geschickt und besorg- lich er sich auch gezeigt hatte. Der Sinn der Er- findung war umgestoßen, das Wesentliche des Vorwurfs gefallen. Der Einsam in seiner No- vellengehalt blieb der Stärker.

Auch die Revolte hat einen Fehler: sie ist nicht geschmackvoll in Sinne derer, die schon zu seinen Lebzeiten dem Dichter vorwarfen, er be- stärke die Leute im Unglauben und leiste der Un- moral Vorwuch, indem er die Nachseiten des Lebens hervorleuchte. (Fortsetzung folgt.)

Tages-Neuigkeiten.

Tod in der Grube.

Falkenau a. G., 30. Juni. Am 28. abends neun Uhr verunglückten im Unionsgraben II in Neusattl drei Bergarbeiter tödlich durch Wassereintrich in die Grube. Zwei sind bereits geborgen, der dritte wurde noch nicht aufgefunden. Eine Schuld kann bisher niemandem zugewiesen werden.

Juli.

Von Theodor Storm.

„Aling! im Wind ein Wiegenlied,
Sonne warm herüberdiesicht,
Seine Aehren sankt das Korn,
Nur die Beere schwillt am Dorn,
Schwer von Segen ist die Flur —
Junge Frau, was fluchst Du nur?“

„Der Einsam.“ Heute beginnen wir mit dem Abdruck der Meisternovelle Ludwig Anzengrübners „Der Einsam.“ Was den großen österreichischen Dramatiker in seinen Bühnenwerken auszeichnet: die Kraft drängenden Lebens, der heiße Atem eines seelenbewegenden Problems, die erschütternde Abfolge des Geschehens Schlag auf Schlag und eine lüdenlose künstlerische Konzentration, all das ist auch unserer Novelle zu eigen. Wie der „Harrer von Kirchfeld“, so stellt auch „Der Einsam“ die Qualen dar, welche eine naturwidrige Einrichtung wie der Zölibat den zu ihm Verurteilten auferlegt. Nur daß sich im „Harrer“ eine weiche, warme Seele unter dem Scherz der Ehelosigkeit widmet, im „Einsam“ eine stolze, kraftvolle Seele unter ihnen zu fürchtbarer Unbarmherzigkeit und Selbstgerechtigkeit verhärtet. Die hindernden „Harrer“ Eisener nicht, eines jugendstehrittes in selbstgefälliger Zerklüftung zu geben, aber sie machen ihn laub für Rot und Fehler anderer und so jagt er die Frucht jener eigenen „Sünde“ in Nord und Tod. Dieser Vater widert Kirchengeh und dieser unbekannt Sohn stehen beide wie aus Erz gegossen da und mit ebenso wichtigen Linien, fast aus antike Drama erinnernd, ist das Schicksal gezeichnet, das vernichtend über sie dahinschreitet. Wenn die Kraft, Menschlich lebendig vor uns hinzustellen und aus ihrem Charakter alles Geschehen als unentrinnbar notwendig abzuleiten, wenn das weise Maß der Worte, wo keine Silbe zu viel und keine zu wenig gesagt ist, wahre Kunst bedeuten, dann haben wir im „Einsam“ eine vollendete Kunstleistung vor uns.

Freiheiten der Reaktion. Zu einem sehr ersten Zwischenfall kam es Dienstag an der Heidelberger Universität, wo der bekannte Nobelpreisträger Geheimrat Lehnhardt trotz der Anordnung des Rektors, daß die Vorlesungen ausfallen sollten, eine Vorlesung abhielt. Obwohl ihm ein Polizeikommissar auf das Verbot des Rektors aufmerksam machte unter Hinweis darauf, daß er die Verantwortung für die Folgen ablehnen müsse, fuhr Lehnhardt in der Vorlesung fort. Bald darauf erschienen Arbeitermassen, die mit Hydrianten besprüht und von den Studenten mit Steinen beworfen wurden. Es erfolgte später unter starkem Polizeiaufgebot die Verhaftung des Geheimrats Lehnhardt und einiger Studenten. Die Arbeitermassen drängten den Verhafteten über die neue Brücke, wodurch er in Gefahr kam, ins Wasser zu fallen. Er wurde dann später ins Gewerkschaftshaus und von dort ins Gerichtgefängnis gebracht.

„Grabreden“ auf Rathenau. In welcher einem Sumpfe der Verkommenheit und moralischen Tiefstades die „Rächer“ deutscher Ehre, die Mörder Rathenaus und deren Helfershelfer sowie begehrteste Verbrecher sich befinden, ist aus einer „Siegesfeier“ ersichtlich, die eine Studentengruppe in Karlsruhe veranstaltete und über die der Berliner „Vorwärts“ schreibt: „Eine Flasche Wein folgte der anderen, verschiedentlich hieß es nach einem kräftigen „Abschluß“: „Hoffentlich wird er nicht mehr lebendig!“ Nachdem der Spaß schon manchen grauen Schein gelostet hatte und die „Stimmuna“ gehoben war, zog ein Grünbemühter ein Papier aus der Tasche und verlas unter Gekohle und Gelächter eine Grabrede auf Rathenau, die an Arbeit und Gemeinheit nicht zu überbieten ist. Die „Grabrede“ verböhtete Himmel, Jesus und Petrus und ließ dem Sinn nach, wie der „Korbrüder Volksfreund“ mitteilt, auf folgenden Schluß hinaus:

„Wählich kam ein großer Gestalt auf die Himmelstüre zu, und Petrus fragte: „Was ist denn das?“ Es wurde ihm geantwortet: „Das ist Rathenau!“ „Bravol“ riefen die Engel, „hoffentlich kommt Birich auch bald.“

Und Studenten in solcher moralischer Verkommenheit nennen sich „die Zukunft des Vaterlandes!“

Fälschendes Nordgasindel. Die Abendnummer der „Deutschen Zeitung“ vom 23. Juni enthält folgenden Artikel:

„Sozialistische“ Blausäure.

Wir erhalten folgendes Schreiben, daß wir wörtlich veröffentlichen: An „Deutsche Zeitung“, „L. N. Nachrichten“ und „Vorwärts“: Am 20. d. M. kam mein Schwesterjohn zu mir und machte mir folgendes Beständnis: „Ich bin der Attentäter auf Scheidemann, doch habe ich dies nicht aus eigenem Antriebe getan, sondern bin von einigen Parteigenossen (?) hierzu bestimmt worden, mir wurde bestimmt versprochen, daß ich nichts passieren könnte, da die chemische Flüssigkeit

Poincaré bleibt unnachgiebig.

Die deutsche Not eine „Fassade“. — Für eine Finanzkontrolle Deutschlands und für das Recht auf Sanktionen.

Paris, 29. Juni. (Savas.) In der heutigen Sitzung des Senates erklärte Poincaré, die französische Regierung werde versuchen, nicht in eine Sackgasse zu kommen. Die letzte Herabsetzung der deutschen Schulden habe mit einer Verschlechterung der Lage geendet. Deutschland habe sich vor dem Ultimatum gebeugt und es angenommen, aber sofort versucht, den Zahlungsplan unausführbar zu machen. Deutschland habe seine Ausgaben nicht herabgesetzt, und sein Steuersystem nicht geändert, aber dafür seine Inflation vermehrt.

Die Not in Deutschland sei bloß eine Fassade.

Die Entwertung der Mark komme eher im Auslande als in Deutschland selbst zur Geltung, wo die Lebenshaltung weniger kostspielig ist als irgendwo anders und wo die deutsche Industrie bedeutende Gewinne erziele, die sie ins Ausland schaffe. Trotz des Umlaufes der Noten der Reichsbank fordern die Exporteure die Bezahlung in ausländischen Devisen, die sie nicht einwechseln, sondern zu Ankäufen verwenden oder im Auslande deponieren. Ohne Rücksicht auf die Bestimmungen des Friedensvertrages halte Deutschland seine Verpflichtungen den Gläubigern gegenüber nicht ein, mache übertriebene Ausgaben, erneuere und erhöhe mit staatlicher Hilfe seine Handelsflotte und disponiere so mit dem Gelde, das den Alliierten gehören sollte. Die deutsche Handelsflotte nehme, an der Welttonnage gemessen, den dritten Platz ein, Deutschland baue Eisenbahnenlinien, von denen einige strategischen Charakter tragen. Diese Ausgaben kann man nicht dulden, es sei denn, daß Deutschland damit beginne, seine Schulden zu bezahlen. Trotz der finanziellen Krise die das Ergebnis seiner Tätigkeit sei, habe Deutschland bedeutende Kapitalien und Einnahmen, die es seinen Gläubigern übertragen könnte. Die deutsche Industrie zahle durchschnittlich 40 Prozent Dividenden.

Um dem abzuhelfen, müßten bedeutende Ausfuhrsteuern geschaffen und gefordert werden, daß die so erzielten Einnahmen der Reichsbank abgeführt werden. Ferner sei eine Finanzkontrolle notwendig, denn die Steuern werden schlecht eingetrieben. Wenn ein deutscher Minister geneigt scheine, einen Teil der Reparationen zu bezahlen, dann lassen ihn die geheimen Organisations ermorden. Wenn die Reparationskommission konstatiert, daß Deutschland freiwillig

seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, werde jeder Verbündete nach den Bestimmungen des Friedensvertrages

das Recht haben, zu Sanktionen zu greifen.

Frankreich würde sich in diesem Falle mit den Verbündeten in Verbindung setzen und versuchen, zu einem Uebereinkommen zu gelangen, aber es würde sich niemals seiner Rechte auf den Friedensvertrag begeben. Für Frankreich, das augenblicklich Geld brauche, würden Sanktionen die Reparationsfrage nicht vollständig lösen. Die französische Regierung werde aber trachten, daß die Reparationen auf die Art fortschreiten, daß die deutsche Arbeit in Anspruch genommen werde.

An die Initiative der Bankiers und an die günstige Anbahnung der Reparationskommission über die Bedingungen einer internationalen Anleihe erinnernd, hebt Poincaré hervor, daß dieser Versuch verfrüht sei. Deutschland als arbeitssames Land werde sich sicherlich wieder erholen, doch bevor eine Anleihe erwogen werden könne, sei eine Besserung der Situation in Deutschland abzuwarten, welche jetzt am schlimmsten sei. Diese Situation habe den Gedanken hervorgeufen die deutsche Schuld herabzusetzen, was Frankreich nicht annehmen könne. In erster Linie sei eine

Finanzkontrolle Deutschlands

nötig. Wenn Deutschland diese ablehnen sollte, würde es den bösen Willen kundgeben und die Verbündeten könnten entweder gemeinsam oder einzeln die notwendigen Zwangsmaßnahmen ergreifen. Diese Frage sei für Frankreich eine Frage des Seins oder Nichtseins. Frankreich wolle leben und wünsche niemanden den Tod, doch sei es unzulässig, daß Deutschland sich auf Kosten Frankreichs bereichere.

Der Senat versprach der Regierung das Vertrauen aus.

Die englischen Arbeiter für die Sozialisierung.

Edinburgh, 29. Juni. (Reuter.) Auf dem Jahreskongreß der englischen Arbeiterpartei wurde beschlossen, in das Programm der Kandidaten der Partei auch die Forderung auf Nationalisierung der öffentlich nützlichen Unternehmen aufzunehmen.

unschädlich sei, nur $\frac{1}{100}$ Prozent Blausäure täte selbe enthaltend, ebenso wurde mir versprochen, daß ich auf mich schicken würde, aber ohne Kugel (!), so daß mir nichts passieren könnte; auch eine Festnahme meiner Person würde nicht erfolgen, sondern die Polizei würde auf falsche Fährte gelenkt werden; auch wurde auf meine Zugehörigkeit zur U. S. P. verwiesen (!) und mir gesagt, derartige wäre nötig, um den Nationalisten ein auszuweichen und dadurch die Partei zu stärken, denn es würden viele Arbeiter abtrünnig (!) und dies müßte im Interesse der Revolution verhindert werden. Meine beiden Hilfsleute waren mir bekannt, doch nicht ein dritter, welcher uns belohnte; meine beiden Kumpane erhielten je 200.000 Mark, ich als ausführender 400.000 Mark. Er stellte sich als U. S. P. Abgeordneter Kurt Rosenfeld vor, ob er es auch war, kann ich nicht behaupten, da ich den Herrn nicht genau kenne, jedenfalls war er Israelit (!). Geld erhielt ich am dritten Tag in Berlin. Heute verabscheue ich meine Tat, doch zuvor glaubte ich, ich täte ein gutes Werk, nun da ich die Anschuldigung sehe, sehe ich erst die Niederträchtigkeit ein, zu der ich mich mißbrauchen ließ. — Mein Neffe versprach mir sofort, ins Ausland zu gehen, denn durch dieses fürchtet er die Rache der Partei. Ich glaube es Wort für Wort, weil er die 400.000 Mark mir zeigte und sonst nicht fünf Pfennige sein eigen nannte, denn er ist sehr leichtsinnig und gutmütig. Ich war bis heute Sozialdemokrat, aber das verabscheue ich und bin von Stund an keiner mehr. Im Interesse meiner Schwester und Schwagers kann ich dessen Namen nicht nennen. Originalschrift „L. N.“, „Deutsche Z.“ und „Vorwärts“. Abzüge.

L. Rißsche, Arbeiter.

Soweit der Brief, an dem, wie schon gesagt, nichts geändert worden ist.

Wir wählten auch nicht, wie die saubere „Deutsche Zeitung“ davon hätte etwas ändern sollen, da doch der ganze Brief so wie so in ihrer Redaktion hergestellt wurde. Nur etwas vorzüglicher hätte der alberne Fälscher sein müssen. Denn er hätte bei seinen nahen Beziehungen zu einem andern Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung“, dem Rathenaumörder Will Günther, wissen können, daß auch die Fäden des Scheidemannattentates in der Organisation zusammenlaufen und daß die sorgsamsten Nachforschungen der letzten Tage diese Tatsache bald aufdecken würden.

Teuerungsdemonstration in Wlga. In einer Demonstrations-Versammlung, welche am 29. Juni am Marktplatz stattfand, hat die Arbeiterchaft von Wlga gegen die herrschende Teuerung und gegen die Wirtschaftskrise protestiert. Der Senator Genosse Bink aus Jäger-

dorf geißelte in scharfen Worten die verkehrte Wirtschaftspolitik der Regierung und die Auswucherung der Arbeiterschaft durch die Produzenten und Händler. Eine diesbezügliche Resolution, welche von Genossen Jäkel vorgelegt wurde, fand einstimmige Annahme. Nun soll unter Mitwirkung der Behörden eine Herabsetzung der Preise bei den verschiedensten Lebens- und Bedarfsartikeln erfolgen.

Die Milch wird billiger. Mit 1. Juli l. J. haben die Prager Molkereien den Preis der Milch per Liter um 40 Heller herabgesetzt. Der Verkaufspreis für pasteurisierte Milch beträgt daher 3 K 60 h, für nichtpasteurisierte 3 K 40 h per Liter. Höhere Preise sind daher in Groß-Prag unzulässig.

Die Nachtarten der Prager Straßenbahn. Wie die „Tribuna“ meldet, hat die engere Verwaltungskommission für Groß-Prag in ihrer letzten Sitzung folgenden mit 10. Juli in Kraft tretenden Beschluß über die Preisregelung der Nachtarten bei der Prager Straßenbahn gefaßt: Arbeitern (der Nachtschicht in Fabriken), Bediensteten und denjenigen, welche durch ihren Beruf gezwungen sind, zur Zeit des Nachtbetriebes der elektrischen Bahnen diese zum Wege in oder aus ihrem Betriebe zu benutzen, werden auf eine besondere Legitimation Fahrkarten zu zwei Kronen für eine Fahrt ausgefolgt werden. Die betreffende Legitimation stellt die Verwaltung der elektrischen Betriebe bloß denjenigen aus, welche die Nachtschicht tatsächlich ordentlich nachweisen können. Gleichzeitig wird der Fahrpreis für Eigentümer von Monats- und Jahres-Abonnementkarten ebenfalls auf zwei Kronen herabgesetzt. — Der bisherige einheitliche Fahrpreis betrug vier Kronen.

Ein Wiener Millionenbetrüger wird über Ersuchen der Wiener Polizeidirektion von den Prager Behörden gesucht. Der Betrüger heißt Samuel Goldsaden und hat in Wien der Telefer Bankiergattin Gemma de Reya einen Brillantring im Werte von 35 Millionen Kronen herausgelockt und dann verpfändet; das Pfanddarlehen verwendete er für sich und verschwand aus Wien. Goldsaden hat in Wien noch einige derartige „Geschäfte“ gemacht und schuldet unter anderem dem Besitzer eines Wiener Vergnügungsauffahrtssystems 20 Millionen Kronen. Die Nachforschungen nach dem Betrüger sind im Gange.

Der Pfeifentabak wird billiger. Die Tabakregie stellt mit 1. Juli wird der Konsumantenpreis des gewöhnlichen Rauchtabaks zu 20 Gramm von 70 h auf 60 h für ein Päckchen herabgesetzt.

Schwere Unwetterwäden in Währen. Sonntag nachmittag ging über Unterkaunisch bei Brünn ein katastrophales Gewitter mit Hagelschlag nieder. Die ganze Ernte wurde vernichtet und besonders die Weinberge wurden so beschädigt, daß in den nächsten vier Jahren eine Ernte nicht zu erhoffen ist. Das Getreide wurde direkt ausgerissen, ebenso die Rüben und Kartoffeln. Das Obst ist von den Bäumen abgefallen oder vom Hagel abgeschlagen worden. Auch aus anderen Orten Währens wechsen schwere Gewitter und Hagelschläge gemeldet.

Kleine Chronik.

Vollständiger Alkohol. Nach der Medizinalstatistik des preussischen Staates befanden sich am 1. Januar 1912 in den sämtlichen preussischen Irrenanstalten 1857 männliche und 180 weibliche Personen, die wegen übermäßigen Alkoholgenusses diesen Anstalten zugeführt werden mußten. Dazu kamen im Laufe des Jahres weitere 5173 männliche und 408 weibliche Personen, zusammen also 7000 männliche und 588 weibliche Personen. Der Abgang im Laufe des Jahres 1912 betrug 8052 männliche (darunter 126 durch Tod) und 362 weibliche Personen (darunter 19 durch Tod), so daß am 1. Januar 1913 ein Bestand verblieb von 1978 männlichen und 226 weiblichen Personen. Wie ganz anders schon die entsprechenden Zahlen für das Jahr 1917 aus, als während des Krieges der Alkohol fast ganz verschwunden war! Bestand am 1. Januar 1917: 204 männliche und 7 weibliche Personen, Abgang im Laufe des Jahres 1917: 238 männliche und 7 weibliche Personen, zusammen also 442 männliche und 14 weibliche Personen. Abgang im Laufe des Jahres: 263 männliche (darunter 22 durch Tod) und drei weibliche (darunter eine durch Tod) Personen, so daß der Bestand am 1. Januar 1918 betrug: 179 männliche und 11 weibliche Personen. Diese Zahlen sind so eindrucksvoll, daß jede weitere Bemerkung dazu überflüssig erscheint. Leider liegt die Statistik für die folgenden Jahre noch nicht vor. Aus den Mitteilungen einzelner Irrenanstalten aber geht hervor, daß die Zahlen des Jahres 1912 nicht nur wieder erreicht, sondern sogar überschritten worden sind, da noch dem Krieges der Verbrauch an Alkohol trotz seines fast unerschwinglichen Preises ganz außerordentlich in die Höhe gegangen ist.

Die Kataklyse auf der Berliner Ringbahn. Die Zahl der Todesopfer hat sich der „Vossischen Zeitung“ zufolge auf 45 erhöht.

Gerichtssaal.

Eine fünfzehnjährige Mörderin.

(Magdeburger Landesgericht.)

Vor etwa einem Jahre hatte man die neunjährige Tochter Ilse des Gastwirthes Pöhmann in Staffort mit durchschnittenem Kehle aufgefunden. Als der Tat verdächtig war das damals 15jährige Dienstmädchen Herta Szemkus verhaftet worden. Sie hatte die Tat ansangs eingestanden, später aber wieder abgelehnt. In der am Donnerstag beendeten dreitägigen Verhandlung vor dem Landgericht in Magdeburg wurde dagegen festgestellt, daß die Angeklagte das Kind ermordet hatte, weil diesem zahlreiche Diebstähle bekannt waren, die die Angeklagte verübt hatte. Der Staatsanwalt beantragte wegen Mordes und Diebstahls eine Gesamtstrafe von zehn Jahren einem Monat Gefängnis, das Gericht erkannte auf sechs Jahre drei Tage Gefängnis wegen Totschlags und Diebstahls.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Kurze der Valuten.

Prager Kurse. Es kosten: 100 hell. Gulden 2014, 100 Mark 14.37.50, 100 schweiz. Franken 964, 100 Lire 244.50, 100 franz. Franken 436.50, 1 Pfund Sterling 231.90, 1 Dollar 52.70, 100 belg. Franken 418, 100 Pesetas 814.50, 100 Dinar 66, 100 österr. Kronen 0.30, 100 poln. Mark 1.17, 100 ung. Kronen 5.27.50.

Zürcher Kurse. Berlin 1.43, Wien 0.02.75, Prag 10.10, Holland 202.60, New York 5.27, London 23.25, Paris 44.02, Mailand 24.75, Budapest 0.52, Agram 1.65, Warschau 0.11.50, Wien gest. 0.027/..

Aus der Partei.

Bezirksorganisation Rumburg. Sonntag, 9. Juli, 2 Uhr nachmittag sozialdemokratische Gemeindevertreterkonferenz in Schönlinde, Rolles Gasthof, Marktplatz. Referenten: Bürgermeister Genosse Josef Goltz-Barnsdorf, und Senator Genosse Josef Reyal-Schluffenau.

Kunst und Wissen.

Absolventen-Abende der deutschen Akademie der Tonkunst. An drei aufeinander folgenden öffentlichen Musikabenden hat die Prager deutsche Musikhochschule den Rechenschaftsbericht ihrer künstlerischen Betätigung erstattet und hiebei eine ansehnliche Reihe talentierter Musiker mit dem Reifezeugnis ins Kunstleben entlassen. Besonders zufrieden darf die Akademie mit den Ergebnissen ihrer Kapellmeisterschule sein. Diese verspricht nämlich bald eine weit und breit gesuchte Mustererichtung zu werden. Ihr Leiter ist Alexander Jeminský, theoretisch und praktisch einer der glänzendsten Dirigenten unserer Tage. Daß Jeminský auch außergewöhnliches pädagogisches Talent besitzt, beweisen seine Schüler. Deren neun gaben uns Proben ihres durchwegs gediegenen Abnens als Kapellmeister. Bei allen überraschte die Bestimmtheit ihrer Takttechnik, die Deutlichkeit und Prägnanz ihrer Fassung und nicht zuletzt ihre stilistische Eisherheit. Die zweite Ueberraschung der diesjährigen Akademie-Schlussprüfungen war das Debüt ihrer Opernsänger. Diese brachte nahezu den ganzen zweiten Akt von Webers „Freischütz“ und das entscheidende Repertoire Schöpfung „Paktien und Paktien“ zur Aufführung, und zwar in einer stilistisch und dramatisch ungläublich reifen Form.

Ihre künstlerische Höhe dankt diese Abteilung der Akademie Herrn Kapellmeister Wallerstein als Gesangsmeister und Louis Haber vom Deutschen Theater als dramatischen Lehrmeister.

Mitteilungen aus dem Publikum.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Ein glücklicher Tag war für die Abnehmer der „Vibena“-Schuhrente der 20. Juni. Es erhielten nämlich an diesem Tage ausgezahlt auf die gefundene Marke Nr. 10, 70, 130, 230: A. Görlach, Riemes, F. Hora, Kvalup, O. Zellmer, Rübbed und O. Kempt, Bvolekoves, Prämien zu 250 Kč, also zusammen 1000 Kč.

Fliegenplage gibt es keine Unio-Jäger tut das Seine.

916



GEBEN SIE STETS

ELIDA Shaving - Stick

der unvergleichlich guten Stangenrasierseife

den Vorzug.



900

Arbeite und spare!

ZIEHUNG

1. August 1922

Staatsprämien-Baulose.

Gezogen werden 1433 Haupttreffer in Beträgen von 1.500 Kč bis zu

1,000.000 Kč.

Im ganzen

Kč 8,000.000.—

Haupttreffer.

Das mit einem Haupttreffer gezogene Los spielt noch in der Tügingziehung weiter.

Jedes in der Tügingziehung gezogene Los bekommt das angelegte Kapital mit einer 2% Zinsprämie zurück und spielt auf die Haupttreffer weiter.

906

namentlich die Schumannschen Chöre und die „Mortenklieder“ von Brahms wird man kaum wieder zu hören Gelegenheit haben.

Neues Theater. Heute, den 1. Juli: „Erika und Holde“, (Beginn 6 Uhr abend); Sonntag, den 2. nachmittags „Pottsch und Perlmutter“, abend „Fledermaus“.

Kleine Bühne. Heute, Samstag, den 1. und Sonntag, den 2. Juli: „777:10“.

Turnen und Sport.

Schwimmsport.

Deutsche Kampfspiele in Berlin. Einen Weltrekord stellte Dverhamm-Breslau im 400 Meter-Seite-Schwimmen mit 6:13 auf, während Kramer-Breslau im 200 Meter-Seite-Schwimmen mit 2:48.8 den alten

deutschen Rekord unterbot. Rademacher erreichte im 100 Meter-Beuschschwimmen die von Sommer-Röhl neugeschaffene Bestzeit von 1:19.6. — 200 Meter-Seite: 1. Kramer-Breslau 2:48.8 (Rekord). 2. Darma-Dödenburg 2:54.8. 3. Lang-Frankfurt a. M. 3:09. — 100 Meter-Dunst: 1. Rademacher-Magdeburg 1:19.6. 2. Horstmann-Charlottenburg 1:22.6. 3. Sommer-Röhl 1:22.8. — 4 mal 100 Meter-Damenstaffel: 1. Danow EB. im Alleingang 6:21.6. — 4 mal 100 Meter beliebige: 1. Heinrich-Leipzig 5:39.4. 2. Vogel-Dortmund 5:52.8. 3. Benede-Magdeburg 6:02.2. — 400 Meter-Seite: 1. Dverhamm-Breslau 6:13 (Weltrekord). 2. Stamper-Röhl 6:24.6. 3. Bayer-Spandau 6:39.4.

Radfahrort.

R. Schöler stellte in Dresden am Mittwoch neue Weltrekorde auf (hinter Motorführung). In Klammern sind die bisherigen Rekorde verzeichnet: 20 Kilometer: 14:37.2 (Weltfahrrekord Hofellen 14:42.2); 30 Km: 21:41.2 (Hofellen 21:54.2); 40 Km: 28:45.3 (Sawall 29:00.2); 50 Km: 35:56.3 (Sawall 36:01.4); 60 Km: 43:09.2 (Sawall 43:11.2); 70 Km: 50:12.1 (Sawall 50:26.1); 80 Km: 57:24.3 (Sawall 58:01.3); eine Stunde: 83.600 Km. (Sawall 82.700 Km.); eine halbe Stunde: 41.780 Km. (Sawall 41.400 Kilometer).

Fußball.

Sparta gegen Rapid 2 : 2 (0 : 2). Beide Mannschaften in hoher Form; Rapid (ohne Uribil) ist in der ersten Hälfte besser und erzielt durch Stejskal (Eismeter) und Witta die beiden Treffer. In der zweiten Hälfte rafft sich die Sparta auf, drängt hart

auf Ausgleich, den sie durch Rada und Pilot erzielt. Nach diesem Kampfe ist somit die Wiener, wie auch die Prager Fußballklasse gleich hoch einzuschätzen. Besucherzahl 35.000 (kontinentale Rekordausführung). Schiedsrichter Netshury vorbildlich.

Prager Spiele. DFC gegen Meteor Weinberge 6 : 0 (4 : 0). Verdienter Sieg des weit ausserlegenen DFC. — Viktoria Zizkow und Meteor VII Lomb. gegen Jüdische Elf 5 : 2 (1 : 0). Die jüdische Verbandsself entsprach nicht den Erwartungen, nachdem sämtliche Brünner Spieler ausgeblieben sind. Brkonice gegen Rusefky SK. 1 : 1. — Provinz Brunn: Slovan Wien gegen Moravia Slavia 4 : 3, Zidenice gegen Amateure 7 : 0, BSK gegen SK. Pterov 3 : 0; Olmütz: Banata Slavia gegen SK. Olomouc 4 : 1; Mährisch-Osttau: DSB. Troppau gegen Maffabl 6 : 0; Teplitz: Ost-Mito Decaden gegen TFR. 1 : 6 (!) Sonntag fährt der TFR. nach Südamerika.

Bereinsnachrichten.

Verband der Werkmeister und Industriebeamten in Reichenberg. Ortsgruppe Prag. Monatsversammlung am 1. Juli 6 Uhr abend im kleinen Saale des Handwerkervereines. Verbandssekretär Bergmann spricht über „Sozialversicherung und Wirtschaftskrise“.

Herausgeber: Dr. Ludwig Tsch. und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs- & Anstalt Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Solik.

Egger & Co.

Prag-Karlin. Královská tř. 14. Fabrik pharmaceutischer Zuckerwaren. Eggers Milch- und Kaffeekekarmellen, Eggers 140er Peppermint 544 in allen Konsumvereinen erhältlich.

Ebermanns

Mundwasser — Zahnpulver das Beste und Billigste zur täglichen Zahnpflege. Erhältlich in Apotheke n. Drogerien, Pa. Filmerie n. und Konsumvereinen. Dr. Ebermann. Prag 619-I.

CAFÉ ELEKTRA

PRAG-WEINBERGE beim Museum, neben dem Deutschen Theater. TREFFPUNKT DER GENOSSEN. Telefon 4854. 478

Kuh & Kretsch Likörfabrik Teplitz-Schönau.

Lebensversicherungsgesellschaft „Phoenix“ in Wien schließt vorteilhaft alle Arten von Lebensversicherungen insbesondere Versicherungen ohne ärztliche Untersuchung bis zu Kč 10.000 mit sofortiger — auch für den Kriegsfall — uneingeschränkter Gültigkeit ab. Vertreter werden zu günstigen Bedingungen angestellt. Anfragen, Angebote u. dgl. sind zu richten an das Filialbüro für Groß-Prag, 525 Prag II., Václavské nám. 67.



gegen 10 Kč auf Raten liefern wir:

a) Gramophone, Platten etc b) Violinen, Mandolinen, Gitarren, sowie auch alle anderen Musikinstrumente. —

c) Holz- u. Blech-Blasinstrumente. — d) Mund- u. Ziehharmonikas. — e) Photograph. Apparate und deren Zubehör.

GRAMMOPHONE IMPORT COMPANY, Brünn, Freiheitsplatz 6.

Preislisten nach Angabe des gewählten Instrumentes gratis. 472

Hronover mech. WEBEREI

Viktor Prager HROVOV a. M. PRAG II., Truhlářská 21. Telefon 3252.

Erzeugung von exklusiven Spezialartikeln wie Matratzen-Damast und Gradl. Rucksackstoff, als auch Inlets, Kanafase, 160 Kriseits usw.

Fabrik mediz. Verbandstoffe Ludwig Fischer Teplitz-Schönau. Inh. J. Schlosser

empfehlen sich den p. t. Krankenkassen, Zentral-Bruderladen und dergl. zur Lieferung sämtlicher Verbandstoffe und Watten, Gummwaren, Bandagen sowie Krankenpflege-Artikel aller Art zu konkurrenzlosen Preisen. 423

Die anerkannt beste PRESSHEFE 524

in erstklassiger Qualität und zu den billigsten Preisen empfiehlt sämtlichen p. t. Konsumvereinen die Mährisch-schlesische Presshefefabrik Aktiengesellschaft in Troppau. Filiale: Prag-Smichow, Přemyslova 11. Verlangt Probesendungen.

REMA die beste

Speise-Schokolade

besorgt den Konsum-Vereinen die

G. E. C.

Slawische Versicherungs-Anstalt A.-G. in Prag II., Václavské nám. 62

übernimmt Lebensversicherungen mit und ohne ärztlicher Untersuchung. Feuerversicherungen, Einbruchdiebstahlversicherungen, Unfall- und Haftpflichtversicherungen aller Art zu den günstigsten Bedingungen und billigsten Prämien. 451 Vertreter werden an allen Orten angestellt.

Leonhardi's Tinten

Man schütze sich vor Nachahmungen! Flüss. Tuschchen Flüss. Gummi Stempelfarben Stempelfarben Rektogrammenmasse Rektogrammenblätter, Siegelacke sind doch die besten! Aug. Leonhardi Bodenbach a. E. Chemische Fabriken in Bodenbach. — Gründungsjahr 1805. — Allbewährte Rezepte, die Summe hundertjähriger Erfahrungen, begründen u. bewahren den Welt Ruf der Firma Leonhardi.



Zivnostenská banka

TELEPHONE Nr. 6720-32. v Praze. TELEPHONE Nr. 6720-32.

Zentrale Prag, na Příkopě 30.

Aktienkapital Kč 200,000.000.—

Reserve- u. Sicherstellungsfonde Kč 131,665.988.—

Expositur Kgl. Weinberge, Ecke der Havlíčkova tř. a Tylovo nám. Nr. 13.

FILIALEN: Jungbunzlau, Bratislava, Brünn, Deutschbrod, Böhm. Sudweis, Goding, Königgrätz, Iglau, Klattau, Kolín, Kaschau, Reichenberg, Melnik, Olmütz, Mähr.-Osttau, Pardubitz, Pisek, Pilsen, Probnitz, Tabor, Teplitz, Triest, Aussig a. E., Karlsbad, Wien I., Herrngasse Nr. 12. — Expositur in Abbazia.

Besorgt alle Bankgeschäfte im In- und Auslande. 945